

Arbeitsheft 2

1. Tagung des 4. Landesparteitages
am 25. und 26 Januar 2014 in Potsdam

Inhalt

Entwurf Tagesordnung und Zeitplan (Neufassung)	3
Entwurf Wahlordnung (Neufassung)	5
Vorschlag für die Besetzung der Kommissionen	8
Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes	9
Bericht des Landesausschusses	24
Bericht der Landesfinanzrevisionskommission	25
Bericht der Landesschiedskommission	27
Antrag B1 Die Landespartei zukunftsfähig gestalten (EinreicherInnen)	28
Initiativantrag A2 Überwachung der linksalternativen Szene Potsdams durch den Verfassungsschutz beenden!	31

Entwurf (Stand 22.1.2014)

Tagesordnung und Zeitplan der 1. Tagung des 4. Landesparteitags der LINKEN Brandenburg, 25. und 26. Januar 2014 in Potsdam

25.1.2014

14.00 Uhr	Eröffnung
14.05 Uhr	Konstituierung des Parteitags <ul style="list-style-type: none">• Wahl des Tagungspräsidiums• Beschluss der Tagesordnung mit Zeitplan, der Geschäftsordnung und der Wahlordnung• Wahl der Kommissionen:<ul style="list-style-type: none">- Mandatsprüfungskommission- Redaktionskommission- Wahlkommission- Antragskommission
14.30 Uhr	Rede der Parteivorsitzenden Katja Kipping
14.50 Uhr	Rede des Landesvorsitzenden Stefan Ludwig, Einbringung des Wahlaufrufs
15.10 Uhr	Diskussion zum Leitantrag/Generaldebatte
17.00Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
17.05 Uhr	Antragsdebatte und Beschlussfassung zum Wahlaufruf
17.20 Uhr	Anfragen und Beschlussfassung zu den Berichten <ul style="list-style-type: none">• des Landesvorstands• des Landesausschusses• der Landesschiedskommission• der Landesfinanzrevisionskommission
17.35 Uhr	Aufstellung der Liste der KandidatInnen für den Landesvorsitz
18.00 Uhr	Wahlgang zur Wahl der/des Landesvorsitzenden
Abendessen	
18.45 Uhr	Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahl der/des Landesvorsitzenden Beschlussfassung zum Vorschlag des Landesvorsitzenden über die Zahl der zu wählenden StellvertreterInnen, Aufstellung der Liste für die Funktionen <ul style="list-style-type: none">• der weiblichen stellvertretenden Landesvorsitzenden,• der weiteren stellvertretenden Landesvorsitzenden (gemischte Liste),• der Landesgeschäftsführerin/des Landesgeschäftsführers (LGF)• der Landesschatzmeisterin/des Landesschatzmeisters (LSM)
21.00 Uhr	Wahlgänge zu den stellvertretenden Landesvorsitzenden (Frauen und gemischte Liste) und zu den Funktionen LGF und LSM (<i>kann gemeinsam erfolgen, wenn alle erklären, bei Nichtwahl für keine der anderen Funktionen anzutreten</i>)
21.25 Uhr	Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahlgänge zu den Stellvertretenden Landesvorsitzenden und zu den Funktionen LGF und LSM
21.30 Uhr	Stichwahlgang zu den stellvertretenden Landesvorsitzenden und zu den Funktionen LGF und LSM (wenn notwendig)
21.35 Uhr	Abschluss des 1. Beratungstages

26.1.2014

- 9.00 Uhr Bekanntgabe der Ergebnisse des Stichwahlgangs zu den Stellvertretenden Landesvorsitzenden und zu den Funktionen LGF und LSM (wenn nötig)
- 9.05 Uhr Aufstellung der Listen für die Sicherung der Mindestquotierung Frauen für die Wahl
- zum Landesvorstand,
 - zur Landesfinanzrevisionskommission
 - zur Landesschiedskommission
- 10.05 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 10.10 Uhr Wahlgänge zur Sicherung der Mindestquotierung für die Wahlen
- zum Landesvorstand,
 - zur Landesfinanzrevisionskommission
 - zur Landesschiedskommission
- 10.25 Uhr Rede von Helmuth Markov, stellvertretender Ministerpräsident des Landes Brandenburg
- 10.45 Uhr Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahlgänge zur Sicherung der Mindestquotierung Frauen für die Wahlen
- zum Landesvorstand,
 - zur Landesfinanzrevisionskommission
 - zur Landesschiedskommission
- 10.50 Uhr Aufstellung der gemischten Listen für die Wahl
- zum Landesvorstand,
 - zur Landesfinanzrevisionskommission
 - zur Landesschiedskommission
- 11.50 Uhr Wahlgänge zu den gemischten Listen
- zum Landesvorstand,
 - zur Landesfinanzrevisionskommission
 - zur Landesschiedskommission
- Mittagspause
- 13.00 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse
- 13.05 Uhr Behandlung, Diskussion und Beschlussfassung des Antrags B1 „Die Landespartei zukunftsfähig gestalten“
- 13.35 Uhr Behandlung, Diskussion und Beschlussfassung weiterer Anträge
- 14.00 Uhr Schlusswort der/des Landesvorsitzenden

1 Entwurf (Stand 22.1.2014)

2 **Wahlordnung des 4. Landesparteitags der Partei DIE LINKE.**

3 **Landesverband Brandenburg**

4 **1. Grundlagen und Gültigkeit**

5 Die Wahlen erfolgen auf der Grundlage der Wahlordnung der Partei DIE LINKE (Bundeswahlordnung).
6 Diese Ordnung gilt für die Wahlen des Landesvorstandes, der Landesfinanzrevisionskommission, der
7 Landesschiedskommission sowie der Delegierten zum Bundesausschuss.

8

9 **2. Wahlrecht**

10 Aktives Wahlrecht besitzen die gewählten Delegierten des 4. Landesparteitages, soweit sie Mitglieder
11 der Partei DIE LINKE sind. Passives Wahlrecht besitzen alle Mitglieder der Partei DIE LINKE.

12

13 **3. Kandidaturen**

14 Alle LINKE-Mitglieder und LINKE-Gastmitglieder können Vorschläge für Kandidaturen unterbreiten.
15 Vor jedem ersten Wahlgang erhält jede Kandidatin/jeder Kandidat die Möglichkeit, sich vorzustellen.
16 Die Redezeit ist mit Ausnahme der Kandidaturen zu folgenden Funktionen auf 3 Minuten begrenzt.
17 Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Landesvorsitzes erhalten eine Redezeit von 20
18 Minuten. Die Redezeit der Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt der Landesgeschäftsführung,
19 der Landesschatzmeisterei und der/des stellvertretenden Landesvorsitzenden wird auf 7 Minuten
20 begrenzt.

21 Die Kandidatinnen und Kandidaten eines Wahlgangs stellen sich in Blöcken von bis zu fünf Personen
22 vor. Nach der Vorstellung jeweils eines Blocks von Kandidatinnen und Kandidaten können Anfragen an
23 diese gerichtet und Erklärungen zu Kandidaturen abgegeben werden. Die Redezeit pro Anfrage und
24 Erklärung ist auf 2 Minuten je Kandidatin oder Kandidat begrenzt. **Die Zahl der Anfragen und**
25 **Erklärungen je Kandidatin oder Kandidat soll nicht mehr als zwei betragen.**

26

27 **4. Wahlen**

28 **4.1. Einzelwahlen von Parteiämtern/Einzelmandaten**

29 Der Landesparteitag wählt im Einzelwahlverfahren in getrennten Wahlgängen

30

- 31 • die Landesvorsitzende/den Landesvorsitzenden
- 32 • die Landesgeschäftsführerin/den Landesgeschäftsführer
- 33 • die Landesschatzmeisterin/den Landesschatzmeister

34

35 Tritt in einem Wahlgang für ein Einzelamt nur eine Kandidatin/nur ein Kandidat an und erreicht im
36 ersten Wahlgang nicht die erforderliche Stimmenmehrheit, entscheidet die Versammlung durch
37 Beschluss gemäß § 12 Abs. 1 Wahlordnung, wie weiter verfahren wird.

38 Für den Fall, dass in dem jeweiligen Wahlgang mehrere Kandidatinnen/Kandidaten antreten und keine
39 Kandidatin/kein Kandidat die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erzielt, erfolgt eine Stichwahl
40 zwischen den beiden Bestplatzierten des ersten Wahlganges. Gewählt ist in diesem dritten Wahlgang,
41 wer die meisten Stimmen auf sich vereint.

42

43 **4.2. Gruppenwahl von gleichberechtigten Parteiämtern**

44 Der Landesparteitag wählt im Gruppenwahlverfahren gemäß § 6 Bundeswahlordnung¹

¹ § 6 Bundeswahlordnung lautet:

§ 6 Wahl für gleiche Parteiämter oder Mandate

(1) Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter oder Mandate werden in der Regel in zwei aufeinander folgenden Wahlgängen durchgeführt. Dabei werden im ersten Wahlgang die gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) den Frauen vorbehaltenen Parteiämter oder Mandate besetzt. Im zweiten Wahlgang werden die danach verbleibenden Parteiämter oder Mandate besetzt.

(2) Beide Wahlgänge können, auf Beschluss der Versammlung, parallel stattfinden, wenn nicht mehr Frauen

45 • 2 oder mehrere stellvertretende Landesvorsitzende
46 Über die genaue Anzahl der zu wählenden stellvertretenden Landesvorsitzenden entscheidet der
47 Landesparteitag gemäß § 18 Abs. 1 Landessatzung durch Beschluss. Die/der neugewählte
48 Landesvorsitzende wird den Vorschlag dazu einbringen.
49 Bei mehr Bewerberinnen oder Bewerbern als stellvertretende Landesvorsitzende gewählt werden
50 können, ist nur gewählt, wer auf mehr als 50% der gültigen Stimmzettel gewählt wurde (Erhöhung des
51 Mindestquorums gemäß § 10 Abs. 2 Wahlordnung).
52 Für den Fall, dass nach dem ersten Wahlgang nicht alle Ämter besetzt werden, erfolgt ein
53 zweiter Wahlgang mit den nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten.

54

55 **4.3. Gruppenwahl von Parteigremien und Delegiertengruppen**

56 Der Landesparteitag wählt im Gruppenwahlverfahren gemäß § 6 Bundeswahlordnung

- 57 • weitere Mitglieder des Landesvorstandes, so dass der Landesvorstand unter Berücksichtigung der
58 in Einzelwahl gewählten Mitglieder und unter Berücksichtigung der Zahl der zu wählenden
59 stellvertretenden Landesvorsitzenden insgesamt 18 Mitglieder umfasst,
- 60 • eine Landesfinanzrevisionskommission in der Stärke von 5 Mitgliedern (ggfs. in offener
61 Abstimmung, wenn niemand widerspricht (§ 30 Abs. 6 Landessatzung)),
- 62 • eine Landesschiedskommission in der Stärke von 7 Mitgliedern (ggfs. in offener Abstimmung, wenn
63 niemand widerspricht (§ 30 Abs. 6 Landessatzung)),
- 64 • die sechs Mitglieder und sechs Ersatzmitglieder des Landesverbands im Bundesausschuss (mit
65 Ablauf der Wahlperiode des Bundesausschusses).

66

67 **4.4. Stimmabgabe, notwendige Mehrheit zur Wahl**

68 Gemäß § 8 Bundeswahlordnung kann zu jeder/m Bewerber/in eine JA-Stimme, eine NEIN-Stimme
69 oder eine Enthaltung gewählt werden. Fehlt eine Kennzeichnung gilt dies als Enthaltung. Ist die Zahl
70 der BewerberInnen größer als die Zahl der zu besetzenden Ämter entfällt die Möglichkeit der NEIN-
71 Stimmenabgabe (§ 8 Abs. 5 Bundeswahlordnung).

72 Gewählt ist **in den Gruppenwahlgängen des Punkt 4.3.** abweichend von § 10 Abs. 1

73 Bundeswahlordnung, wer mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen auf sich vereint (Beschluss gemäß § 10
74 Abs. 2 Bundeswahlordnung). Im Übrigen gelten die Regeln der §§ 10 und 11 Bundeswahlordnung².

vorgeschlagen werden als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt mindestens gewählt werden sollen oder wenn alle (weiblichen) Bewerberinnen bereits vorab auf die Teilnahme am zweiten Wahlgang verzichten. Die Teilung in zwei Wahlgänge entfällt, wenn nicht mehr Männer vorgeschlagen werden, als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt höchstens gewählt werden können.

[...]

² § 10 und 11 Bundeswahlordnung lauten:

§ 10 Erforderliche Mehrheiten

(1) Grundsätzlich sind mit Ausnahme der Regelung in Absatz 2 in einem Wahlgang diejenigen gewählt, bei denen die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist, als die zusammengefasste Zahl der gültigen Nein-Stimmen und der gültigen Enthaltungen (absolute Mehrheit). Durch Satzung oder durch Versammlungsbeschluss kann für bestimmte Ämter auch ein höheres Quorum bestimmt werden.

(2) Bei Delegiertenwahlen oder – nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss – auch bei anderen Wahlen ist es ausreichend, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist als die Zahl der gültigen Nein-Stimmen (einfache Mehrheit). In Wahlgängen ohne die Möglichkeit von Nein-Stimmen haben die Bewerberinnen bzw. Bewerber die einfache Mehrheit erreicht, wenn sie auf mindestens einem Viertel der gültigen Stimmzettel gewählt wurden. Durch Versammlungsbeschluss kann ein anderes Mindestquorum bestimmt werden.

§ 11 Reihenfolge der Wahl und Verfahren bei Stimmgleichheit

(1) Haben in einem Wahlgang mehr Bewerberinnen oder Bewerber die jeweils erforderliche Mehrheit erreicht, als überhaupt Parteiämter oder Mandate zu besetzen waren, sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den höchsten Stimmen-Zahlen gewählt.

(2) Bei Delegiertenwahlen sind alle weiteren Bewerberinnen und Bewerber mit der erforderlichen Mehrheit in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahl als Ersatzdelegierte gewählt, soweit nicht zur Wahl der Ersatzdelegierten gesonderte Wahlgänge stattfinden.

75 **5. Quotierung**

76 Die Wahlgänge können bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 6 Bundeswahlordnung
77 zusammengefasst oder parallel abgehalten werden.

78

79 **6. offene Wahlen**

80 Die Wahlen zur Landesfinanzrevisionskommission und Landesschiedskommission (keine Organe des
81 Landesverbands) können offen erfolgen, wenn niemand widerspricht, § 30 Abs. 6 Landessatzung.

(3) Entfällt auf mehrere Bewerberinnen bzw. Bewerber die gleiche Stimmenzahl, entscheidet eine Stichwahl. Kommt auch die Stichwahl zu keinem Ergebnis entscheidet das Los.

(4) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie sowohl die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben, als auch der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen. Die Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung ist bereits im ersten Wahlgang (nach § 6 Absatz 1 Satz 2) anteilig zu berücksichtigen.

Vorschlag für die Besetzung der Kommissionen der 1. Tagung des 4. Landesparteitages der LINKEN Brandenburg Stand 14.1.2014

Arbeitspräsidium

Gerrit Große	OHV
Birgit Wöllert	Lausitz
Margitta Mächtig	BAR
Stefanie Rose	OHV
Isabelle Vandré	Linksjugend 'solid
Sebastian Walter	BAR
Stefan Ludwig	LDS
Daniel Golze	HVL
Peer Jürgens	OSL
Marco Büchel	MOL

Redaktionskommission

Gesine Dannenberg	Linksjugend 'solid
Bettina Fortunato	MOL
Gerlinde Krahnert	LAG Senioren
Norbert Müller	P
Thomas Domres	PR
René Wilke	FFO

Antragskommission

Maritta Böttcher	TF
Tina Lange	P
Anne-Frieda Reinke	UM
Lutz Kupitz	BAR
Sascha Krämer	P
Thomas Nord	FFO

Wahlkommission

Kerstin Meier	FFO
Anke Schwarzenberg	LAU
Claudia Sprengel	HVL
Helga Burgahn	MOL
Diana Bader	EE
Alexander Frehse	kpf
Angelika Tepper	TF
Konstantin Gräfe	PM
Sebastian Meskes	LOS
Roland Gehrman	Linksjugend 'solid
René Kretzschmar	BRB

AbstimmungshelferInnen

Matthias Osterburg	
Roland Scharp	
Lothar Hoffmann	
Frank Müller	
Anne Fehse	

Mandatsprüfungskommission

Renate Vehlow	PM
Ilka Gelhaar-Heider	LDS
Moritz Kirchner	Potsdam

Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes

Unmittelbar nach dem Wahlparteitag 2012 hat der neugewählte Landesvorstand (LV) in einer Klausurtagung Verantwortlichkeiten, Arbeitsweise und Arbeitsplanung beraten. Im Mittelpunkt stand die Verbesserung der Kommunikationsbeziehungen innerhalb der Landespartei, mit dem Berliner LV und mit der Bundespartei. Der LV ließ sich dabei von der Überzeugung leiten, dass nur durch unmittelbare Kommunikation der Hintergründe unseres Handelns als Regierungspartei sowohl das Verständnis füreinander erzeugt und das gegeneinander Agieren durch Halbwissen verhindert werden kann. Gleichzeitig konzentrierten wir uns darauf, den ins Stocken geratenen Leitbildprozess wieder zu beleben, die Parteireform umzusetzen und die Bundestagswahl 2013 gründlich vorzubereiten und zu gestalten sowie die notwendigen Vorarbeiten für den Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen in Angriff zu nehmen. Die Arbeit war geprägt von einer engen Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion, dem Jugendverband, dem kf, der RLS, mit dem Flüchtlingsrat und mit der Landesregierung.

Politik in den Parlamenten und in der Brandenburger Landesregierung

Der Landesvorstand diskutierte regelmäßig die Arbeit der Fraktionen im Land- und Bundestag, setzte eigene Schwerpunkte und Zielstellungen, erörterte die Landespolitik sowie deren Ergebnisse bzw. auftretende Probleme. Zentraler Ausgangspunkt in der Landespolitik war die Umsetzung des Koalitionsvertrages und darüber hinaus gehender Ziele. Der Schwerpunkt unserer Arbeit lag dabei in der Umsetzung wichtiger Vorhaben der Partei.

Besondere Debatten gab es zu folgenden Themen:

- **Energiepolitik, besonders Ausstieg aus der Braunkohle bis 2040 und Wege dahin**
Der Landesvorstand diskutierte in einer Vielzahl von Beratungen das komplexe Thema der Energiepolitik. Dazu verständigten wir uns intensiv mit dem Wirtschaftsminister Christoffers und berieten Wege zum Ziel, 2040 aus der Braunkohle aussteigen zu können. Deutlich wurde, dass der Weg zum Ausstieg die Speicherung Erneuerbarer Energien, Dezentralisierung der Stromversorgung und ein Konzept für die Lausitz nach der Kohle voraussetzt. Dies ist ein komplizierter Weg, der weiter bearbeitet werden muss.
- **Hochschulgesetznovelle**
Dieses Themas nahm sich der LV in enger Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion und Linksjugend ´solid intensiv an. Insbesondere nach dem kommunikativen Desaster zur Neugründung der BTU Senftenberg-Cottbus, zu dem wir uns mit der Wissenschaftsministerin Kunst verständigten, hatten wir einen großen Anteil daran, dass erstmals im Land Brandenburg ein intensiver beteiligungsintensiver Prozess über die Hochschulgesetznovelle in einem Internetforum des MWFK stattfand. In einem vom LV organisierten Gespräch zwischen VertreterInnen von Linksjugend ´solid und der Wissenschaftsministerin konnten unsere Anforderungen dargestellt werden. Unser Dank geht an die Genoss/innen, die sich in diesen Prozess intensiv einbrachten. Am 07. Januar 2014 verabschiedete das Kabinett die Novelle, die einmalig in der Bundesrepublik, Quereinsteigern das Studium an einer Universität ermöglicht, die Rechte der Studierenden verbessert und den allgemeinen Hochschulzugang erleichtert. Wir konnten nicht alles erreichen, was wir uns vorgenommen haben, aber ein erster Schritt wurde getan.
- **Öffentlicher Dienst**
In mehreren Beratungen diskutierte der Landesvorstand die Ausgestaltung des Landeshaushaltes und die damit verbundene Personalpolitik in ihren verschiedenen Facetten. Diese Debatten wurden in enger Zusammenarbeit mit Mitgliedern der Landtagsfraktion und unserem Finanzminister/Staatssekretärin geführt. Im Ergebnis ist es uns gelungen, die Zahl der Lehrer/innen, die eingestellt werden, in Bezug zum Koalitionsvertrag zu verdoppeln. Durch

intensive Argumentationen im Koalitionsausschuss, in dem für den Landesverband Stefan Ludwig und Gerlinde Krahnert sowie Helmuth Markov als stellv. Ministerpräsident und Christian Görke als Fraktionsvorsitzender tätig waren, konnte der Einstieg in altersgerechtes Arbeiten für die Mitarbeiter/innen des öffentlichen Dienstes erreicht werden, die Zahl der Pflichtstunden für Lehrerinnen und Lehrer gesenkt werden. Damit entsprachen wir einer langjährigen Forderung der GEW und konnten so das Verhältnis zu dieser Gewerkschaft verbessern.

- **ÖBS**

Aufgrund der bundespolitischen Rahmenbedingungen ist es uns nicht gelungen den Öffentlichen Beschäftigungssektor im gewünschten Umfang aufzubauen. Der Landesvorstand plädierte trotzdem dafür, das Projekt fortzuführen. Wir konnten erreichen, dass durch das Programm Arbeit für Brandenburg 1.500 Beschäftigte in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse gebracht wurden. Wir begrüßen es, dass das Land BB mit einer Bundesratsinitiative versucht hat, die bundespolitischen Bedingungen zu verbessern.

- **Flughafen Berlin Brandenburg (BER)**

Der öffentliche Streit um die von der Flugsicherung veröffentlichten Flugrouten und die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen für die Betroffenen waren auch in den vergangenen zwei Jahren Gegenstand mehrerer Beratungen auch mit VertreterInnen des Landesverbandes Berlin. Der Annahme des Volksbegehrens durch den Landtag gingen zahlreiche intensive Koalitionsausschusssitzungen voraus. Für DIE LINKE hat der Schutz der Anwohner höchste Priorität. Dennoch gestalten sich die Verhandlungen mit den beiden anderen Gesellschaftern äußerst kompliziert. Der LV hat mit seinen Beschlüssen nach dem erfolgreichen Volksbegehren, die ein klares Bekenntnis zum Lärmschutz und Schallschutzmaßnahmen sowie Maßnahmen für mehr Akzeptanz des Flughafens in der Bevölkerung von der Flughafengesellschaft und den Gesellschaftern forderte, politischen Druck aufgebaut, der einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass das Volksbegehren in der Folge im Landtag angenommen wurde. Ebenso führten wir den Dialog mit den unterstützenden Bürgerinitiativen im östlichen und westlichen Flughafenumfeld sowie in Berlin vor Ort und tauschten direkt Informationen mit dem geschäftsführenden Landesvorstand Berlin aus. Aber auch die Inbetriebnahme des BER gilt es zu forcieren. Hier danken wir insbesondere unserem Finanzminister, Dr. Helmuth Markov, für sein Engagement, die öffentlichen Kosten einzudämmen.

- **Bildungspolitik und ihre Finanzierung**

Im Rahmen der Haushaltsplanung war ein Schwerpunkt der Beratungen die Finanzierung der Bildungs- und Hochschulpolitik. Im Ergebnis der vielen Diskussionen u.a. mit dem Minister der Finanzen und seiner Staatssekretärin bleibt festzuhalten, die Mittel für Bildungs- und Hochschulpolitik sind prioritär gestiegen.

Gemeinsam mit der Bildungsministerin, Dr. Martina Münch und der LAG Schule hat sich der LV über Grundzüge der Bildungspolitik in Brandenburg verständigt. Anlass war die Unzufriedenheit in den Regionen mit der Situation an zahlreichen Schulen. Immer wieder gab es im LV Berichte, dass von den neu eingestellten LehrerInnen zu wenig ankommt.

- **Justizpolitik**

In einer gemeinsamen Beratung von LV und LA berieten wir die Konzepte der Resozialisierungspolitik unseres Justizministers Volkmar Schöneburg. Wir anerkennen außerordentlich seine Leistung, im Land Brandenburg allen Menschen, auch Straftätern, Menschenrechte zu gewährleisten und Justizpolitik in der Partei und weit darüber hinaus thematisch zu belegen. Sein Vorstoß zur Sicherungsverwahrung – lange vor einem entsprechenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts – verdient Respekt und Anerkennung. Trotz seines Rücktritts wird seine Arbeit in die Geschichte des Landes Brandenburg eingehen.

Dafür danken wir Volkmar Schöneburg außerordentlich, dies wird durch seinen Rücktritt nicht geschmälert. Die daraus resultierenden notwendig vorzunehmenden Personalentscheidungen haben wir gemeinsam – GLV, Fraktionsvorstand und Minister/innen – getroffen.

- **Flüchtlingspolitik**

Die wieder ansteigende Zahl von Flüchtlingen im Land Brandenburg, die Situation in der ZAST Eisenhüttenstadt und die Aufnahme der Flüchtlinge in den Kreisen waren mehrfach Gegenstand der Debatte im LV. Neben Beratungen mit dem Flüchtlingsrat fand unter Beteiligung der Landtagsfraktion und der Landesgruppe der Bundestagsfraktion am 11. Januar 2014 ein vom geschäftsführenden Landesvorstand initiiertes „Vernetzungstreffen“ von Aktiven des Landesverbands zur Vorbereitung einer Willkommenskultur für Asylsuchende in Brandenburg statt. Wir setzten uns aktiv mit der Verbesserung der Flüchtlingsunterbringung und der Lebenssituation von Flüchtlingen im Allgemeinen aber auch mit der Bewegung „Nein zum Heim“ und den Aktivitäten rechter Gruppen gegen Asylbewerberunterkünfte auseinander. In diesem Prozess werden weitere Aktivitäten für die kommenden Monate geplant.

- **Kommunalstrukturen**

Ausgehend vom Parteitagebeschluss, der die Stärkung der Kommunalen Selbstverwaltung in den Mittelpunkt unseres Agierens zu Verwaltungsreformen stellt, befasste sich der Vorstand mehrfach mit dem Stand der Debatte im Landtag und in den Kommunen. Da Stefan Ludwig gleichzeitig die dazu eingesetzte Landtagskommission leitete, hatten wir immer den aktuellsten Diskussionsstand als Grundlage zur Meinungsbildung. In der Beratung am 25. Mai 2013 verabschiedete der Vorstand nach der Diskussion mit Kreisvorsitzenden ein Thesenpapier, welches von Thomas Falkner und Stefan Ludwig eingereicht wurde. Vieles daraus konnte in der Kommission durchgesetzt werden. So bleibt z.B. die ehrenamtliche Mitwirkung von gewählten Vertretern Kernstück der Kommunalen Selbstverwaltung, Aufgaben sollen so bürgernah wie möglich erledigt, daher teilweise, wie von uns seit 15 Jahren gefordert, auf Kreise und Gemeinden übertragen werden. Eine Gemeindegebietsreform soll es in Brandenburg nicht mehr geben, aber die von uns unterstützte sog. Verbandsgemeinde aus den bisherigen Ämtern heraus entwickelt werden. Die Bildung von 5 Regionalkreisen aus den heute 14 Landkreisen und 4 kreisfreien Städten, die in der öffentlichen Diskussion war, ist auch durch unser Agieren vom Tisch. Beim Umsetzen einer Reform muss auch allen Kommunen der Zugang zu einer Teilentschuldung eröffnet werden, um mindestens den am höchsten Verschuldeten so die Selbstverwaltung tatsächlich wieder zu ermöglichen. Ebenso muss weiterhin allen Bürgern gleichwertiges Verwaltungshandeln in hoher Qualität in allen Landesteilen gewährleistet werden, auch wenn die unterschiedlichen Entwicklungsrichtungen im Land nun sichtbar werden.

- **Europapolitik**

Gemeinsam mit der Gruppe der LINKEN in der Europäischen Fraktion der Linken und dem Kf veranstalteten wir eine europapolitische Konferenz „Europa und die Kommunen“ in Vorbereitung auf die Europa- und Kommunalwahlen. Diese Konferenz wird Anfang 2014 eine Fortsetzung erfahren. Die 2. Tagung des 3. Landesparteitages beschäftigte sich zudem intensiv mit dem Thema Europa.

Wir begrüßen außerordentlich das unser Europaminister, Ralf Christoffers in der Zeit seines Vorsitzes der EMK das Thema soziales Europa in den Vordergrund gerückt hat und die Debatte dazu befördert hat.

- **Haasenburg**

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorwürfe gegen die Haasenburg-Mitarbeiter setzte sich die LGF mit der bildungspolitischen Sprecherin der LTF in Verbindung und bat um Aufklärung. In der Folge gab es enge Abstimmungen zum Vorgehen zwischen dem LV und der LTF. Torsten

Krause als Vorsitzender des Bildungsausschusses berichtete im LV und es wurden fachpolitische Gespräche unter Beteiligung der Fraktion der LINKEN in der Hamburger Bürgerschaft verabredet, die unter Federführung der LTF stattfanden. Bei diesem Thema zeigte sich erneut, dass durch eine enge Zusammenarbeit zwischen LV und LTF Erfolge erreicht werden können. Der öffentliche Druck führte letztlich zur rechtssicheren Aufhebung der Betriebserlaubnis der Haasenburg GmbH durch das MBS.

Der Landesvorstand organisierte gemeinsam mit den jeweils gastgebenden Kreisverbänden halbjährliche Regionalkonferenzen. Diese wurden nach Hinweisen aus den Kreisverbänden thematisch weiterentwickelt und dienten insbesondere im Jahr 2013 der Diskussion zum Leitbildentwurf. Zudem standen bei diesen zwölf Regionalkonferenzen MinisterInnen und Abgeordnete der Landtagsfraktion als GesprächspartnerInnen zur Verfügung. Es konnte gezeigt werden, dass DIE LINKE auch als Regierungspartei in engem Kontakt und Meinungsaustausch mit ihren Mitgliedern, SympathisantInnen und WählerInnen bleiben will und Probleme gemeinsam lösen will. Zunehmend konnten kommunale Verantwortliche u.a. Landräte und BürgermeisterInnen mit diesem Kommunikationsangebot angesprochen werden. Zu den Regionalkonferenzen wurde gemeinsam mit den ausrichtenden Kreisverbänden die Pressearbeit organisiert. Zahlreiche Veröffentlichungen in den Regionalmedien trugen dazu bei, dass Informationen über unsere Debatten der Öffentlichkeit bekannt wurden. Das Angebot an die Regionalpresse der gastgebenden Kreisverbände, jeweils Interviews mit Minister/innen zu machen, wurde unterschiedlich angenommen, sollte aber auch weiterhin genutzt werden. In Einzelfällen haben Minister/innen Termine am Tag der Regionalkonferenzen in Unternehmen und/oder der Basis wahrgenommen, die medial aufgenommen wurden. Hier sollten wir weiter daran arbeiten, mit Begleitterminen unsere Regionalkonferenzen aufzuwerten. Zur Unterstützung der gastgebenden Kreisverbände wurden Muster-Presserklärungen zur Verfügung gestellt, die gern angenommen wurden. Zudem nutzten wir den wöchentlichen Newsletter zur Terminankündigung und Information über die Regionalkonferenzen.

Auf Wunsch der Kreisverbände wurden die Regionalkonferenzen im Herbst 2013 wegen der hohen Belastung der Kreisverbände im Bundestagswahlkampf und der Vorbereitung der Kommunal- und Landtagswahlen, abgesagt. Die Vorarbeiten für die Regionalkonferenzen im Frühjahr 2014 wurden begonnen. Diese sollen der Diskussion des Landtagswahlprogramms dienen.

Der Kontakt des Landesvorstands mit der Brandenburger Landesgruppe der Bundestagsfraktion wurde bis zur Bundestagswahl 2013 insbesondere durch drei Mitglieder der Landesgruppe – Diana Golze, Kirsten Tackmann und Thomas Nord – gesichert. Die Vorstände sowohl des Landesverbandes als auch der Landtagsfraktion bemühten sich um eine enge Einbindung auch der anderen Brandenburger Mitglieder des Bundestags in die politische Arbeit des Landesverbandes, z. B. über Einladungen zu Veranstaltungen, Klausuren, Landesparteitag und Regionalkonferenzen oder thematischen Tagesordnungspunkten bei regulären Sitzungen. Diese Angebote und Möglichkeiten zur Beteiligung an der politischen Willensbildung im Landesverband wurden über die drei Genoss/innen hinaus nicht genutzt. Dieser Meinungsaustausch muss daher in Zukunft noch besser gelingen, auch um zu sichern, dass öffentliche Äußerungen mit einer guten Kenntnis des realen Debattenstands verbunden sind.

Unmittelbar nach der Bundestagswahl hat die Landesgeschäftsführerin an der konstituierenden Sitzung der Landesgruppe der Bundestagsfraktion teilgenommen und darauf Einfluss genommen, dass alle Bundestagsabgeordneten der Brandenburger LINKEN durch die Betreuung von Kreisverbänden über den eigenen Wahlkreis hinaus die flächendeckende Präsenz und politische Verantwortlichkeit im gesamten Land sichern.

Der Fraktionsvorstand ist der Anregung des LV gefolgt, ein Treffen der Landesgruppe der Bundestagsfraktion mit dem Vorstand der Landtagsfraktion und dem geschäftsführenden Landesvorstand durchzuführen, das bei Bedarf regelmäßig wiederholt werden sollte. Gleichzeitig wird die Koordination zwischen Landtagsfraktion und Landesgruppe der Bundestagsfraktion seit der Bundestagswahl durch regelmäßige Teilnahme des Sprechers der Landesgruppe an Fraktionsvorstandssitzungen gestärkt.

Helmut Scholz, Mitglied im Europäischen Parlament, nahm nach Möglichkeit an den Sitzungen des Landesvorstandes teil und sorgte damit dafür, dass der Landesvorstand aus erster Hand über die europäische Politik der LINKEN informiert wurde. Diese Form der Zusammenarbeit wurde ausdrücklich als positiv empfunden und sollte fortgesetzt werden.

Außerparlamentarische Aktivitäten

Der Landesvorstand unterstützte im Berichtszeitraum zahlreiche außerparlamentarische Aktivitäten. Vor allem bei antifaschistischen Aktionen engagierten sich viele Mitglieder des Landesvorstandes regelmäßig aktiv vor Ort. Zu nennen sind hier vor allem die Koordination der Busse mit GenossInnen des Landesverbands nach Dresden zu „Dresden nazifrei“ sowie die finanzielle Unterstützung dabei. Auch die Aktivitäten des Bündnisses „Neuruppin bleibt bunt“, „Den Nazis den Stecker ziehen – Finowfurt nazifrei“ und viele andere Gegendemonstrationen wurden intensiv und tatkräftig sowohl personell als auch finanziell begleitet. Ein Dank gilt hier besondere Helmut Markov, der in zahlreichen Antinazidemonstrationen für Deeskalation sorgte. Darüber hinaus mobilisierte der Landesvorstand zu weiteren antifaschistischen Aktionen gegen Nazis in ganz Brandenburg. Auch zu anderen bundesweiten Demonstrationen mobilisierte der Landesvorstand und unterstützte teilweise auch finanziell.

Bei der besonderen Situation des Hochwassers in 2013 stellte der Landesvorstand den GenossInnen, die in den betroffenen Regionen helfen wollten, schnell und unbürokratisch notwendige finanzielle und logistische Mittel zur Verfügung. Mitarbeiterinnen der Landesgeschäftsstelle und Mitglieder des Landesvorstands waren gemeinsam mit vielen GenossInnen aus dem ganzen Land in den Hochwasserregionen als HelferInnen im Einsatz. Für dieses Engagement dankt der Landesvorstand allen beteiligten GenossInnen.

Der Landesvorstand wirkte aktiv auf eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und mit Bürgerinitiativen hin. Inhaltliche Gemeinsamkeiten mit den Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden wurden unter den gegebenen Rahmenbedingungen weiter entwickelt. Ständige Aufgabe bleibt, diese Schnittmengen und den Dialog produktiv für die politische Arbeit des Landesverbandes und der Landtagsfraktion, die sich dieses Themas intensiv annahm, zu nutzen. Dennoch ist unübersehbar, dass wir als regierungsbeteiligte Landespartei in neue Widersprüche geraten und auch auf Widerstand der außerparlamentarischen PartnerInnen stoßen. Hier gilt es auch weiterhin daran zu arbeiten, die Kommunikationsfäden zu pflegen und gemeinsam mit den PartnerInnen Lösungen für die Problemstellungen im Land zu erarbeiten.

Wahlen und Vorbereitung der Wahlzyklen 2013 und 2014

Die vergangene Wahlperiode des Landesvorstandes bildete den Auftakt für den Wahlzyklus 2013/2014, welcher mit der Bundestagswahl im September 2013 seinen vorläufigen Höhepunkt fand und mit der Landtagswahl 2014 enden wird. Die Arbeit des Landesvorstandes war u.a. durch die Herstellung notwendiger Rahmenbedingungen für die anstehenden Wahlauseinandersetzungen geprägt. Von Bedeutung waren in diesem Zusammenhang die Beschlüsse zum finanziellen Rahmen der vier großen Wahlkämpfe sowie die Schaffung der notwendigen wahlstrategischen Gremien sowie den dazugehörigen Arbeitsebenen. Das Landeswahlkampfbüro inkl. dem Landeswahlkampfleiter wurde im Juni 2012 durch den Landesvorstand berufen. Grundlage der Arbeit des Gremiums war ein dazugehöriger Arbeits- und Zeitplan des Landesvorstandes für die Umsetzung des Bundestagswahlkampfes aus dem gleichen Monat.

Die Kommission Strategie und Wahlen setzte ihre Arbeit in Vorbereitung des Wahlzyklus fort und tagte regelmäßig. In ihren Aufgabenbereich fielen dabei vor allem die Planung und Umsetzung der Umfragen des Landesverbandes sowie die politischen Schlussfolgerungen, die Begleitung des „Volksbegehren gegen Nachtflug“ am BER und die Mitarbeit an der Wahlstrategie zur Bundestagswahl. Zudem liegt dem Landesvorstand eine Landeswahlstrategie 2014 vor, die von Mitgliedern der Kommission Strategie und Wahlen erstellt wurde.

Zusätzlich wurde zur Vorbereitung und Begleitung von Personalentscheidungen eine Personalkommission berufen.

Das Grundrauschen stattfindender kommunaler Wahlen, insgesamt zwölf Bürgermeister- und zwei Landratswahlen, waren Ausgangspunkt für die Etablierung neuer Wahlkampfformen und dienten auch der zielgerichteten Aktivierung der Parteibasis. Für den Landesvorstand war die Wahlauseinandersetzung von Ronny Kretschmer in Neuruppin von hoher Bedeutung und wurde sowohl finanziell, wie auch logistisch begleitet. Das Erreichen der Stichwahl gegen den Amtsinhaber sowie die erzielten 40% der Wählerstimmen sind eine solide Grundlage für folgende Wahlkämpfe. Der Landesvorstand unterstützte die Kreisverbände und KandidatInnen zu den Bürgermeister- und Landratswahlen organisatorisch und finanziell, u.a. bei der Gestaltung und dem Druck von Wahlmaterialien.

Besonderer Dank gilt Kornelia Wehlan, die durch ihr engagiertes Wirken in den vergangenen Jahren und durch einen motivierten, engagierten und großartigen Wahlkampf in Teltow-Fläming zur ersten Landrätin der LINKEN und als erste weibliche Landrätin in Brandenburg überhaupt gewählt wurde. Das doppelte Quorum von 15% der Wahlberechtigten zusammen mit 50% der abgegebenen Stimmen bei der Direktwahl von Landräten stellt jedoch noch immer eine Hürde im Verfahren von Landratswahlen dar. So erreichte Konni bei der Stichwahl mit 66,2% zwar deutlich die absolute Mehrheit, verfehlte jedoch mit 540 fehlenden Stimmen sehr knapp die 15%-Hürde. Diesem dennoch sehr eindeutigen Bevölkerungsvotum schloss sich der Kreistag im September 2013 an und wählte Konni zur Landrätin von Teltow-Fläming. Wir wünschen ihr viel Erfolg in ihrer neuen Verantwortung.

In Märkisch-Oderland unterlag als Kandidat der LINKEN Bernd Sachse in der Stichwahl dem Amtsinhaber. Die bereits im ersten Wahlgang erzielten 28,8% bringen jedoch die hohe Verankerung der Partei vor Ort zum Ausdruck. Wir brauchen uns mit dem erreichten Wahlergebnis nicht verstecken und der engagierte Wahlkampf hat deutlich gemacht, dass mit den Kandidaten der LINKEN zu rechnen ist.

Mit Wolfgang Erlebach stellt DIE LINKE nun nach Märkisch-Oderland, Teltow-Fläming, Frankfurt (Oder) und Cottbus in Brandenburg an der Havel einen weiteren Beigeordneten.

Der Landesvorstand unterstützte die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Mai 2012 und im Januar 2013 den Landtagswahlkampf in Niedersachsen nach Kräften. Im Auftrag des Landesvorstandes waren Rainer Wirks und Lothar Hoffmann mit dem Infomobil über Wochen im Einsatz. Auch die selbstorganisierte, solidarische Wahlkampfhilfe mehrerer Kreisverbände seien hier dankend erwähnt.

Im Zuge einer flächendeckenden Kreisbereisung zwischen Juni und August 2012 wurde die operative Wahlkampf vorbereitung eingeleitet. Damit wurde u.a. die personelle Grundlage des Landesverbandes für den Bundestagswahlkampf analysiert. Die daraus resultierenden Ergebnisse bildeten die Grundlage für die territoriale Schwerpunktsetzung der Wahlkampfaktivitäten, sowie die Reaktivierung der KreiswahlkampfleiterInnenstruktur. Diese arbeitet seitdem kontinuierlich, monatlich und sehr fleißig als Maschinenraum unserer Wahlkämpfe.

Anfang Dezember 2012 wurde auf der 2. Tagung des 3. Landesparteitages mit dem Beschluss des Leitantrages das Wahlziel 25+X festgelegt und auf der anschließenden Aktivenkonferenz zur Wahlkampf vorbereitung mit zehn Workshops und 160 TeilnehmerInnen die operative Debatte zur Vorbereitung der Bundestagswahl eingeleitet. Nach der Aufstellung der Landesliste am 2. März 2013 im Potsdamer Kongresshotel, auf der Diana Golze zur Brandenburg Spitzenkandidatin gewählt wurde, fand Ende April 2013 die Wahlwerkstatt des Landesvorstandes in Blossin zur konkreten Kampagnenausgestaltung statt.

Noch vor dem offiziellen Wahlkampfauftakt am 24. August 2013 im Potsdamer Lustgarten, auf dem unter anderem Katja Kipping als Bundesvorsitzende zu Gast war und vielfältige politische und kulturelle Information und Unterhaltung geboten wurde, war der Landesverband im Rahmen einer eigenen Briefwahlkampagne und der Tour von Diana Golze im Land präsent. Neben der klassischen Materialproduktion und -logistik, hat sich der Landesverband durch die Unterstützung lokaler Parteiveranstaltungen mit Veranstaltungstechnik und einem eigenen Bühnenteam engagiert. Für die landesweite Öffentlichkeitsarbeit wurde neben den klassischen Medien Radio und Website verstärkt Facebook mit beachtlichem Erfolg genutzt.

Die konsequente Orientierung auf einen Zweitstimmenwahlkampf, unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen im Wahlkreis 59, hat mit dazu beigetragen, dass Brandenburg trotz regierungspolitischer Verantwortung sowohl im Ergebnis, als auch bei den Verlusten im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer liegt.

Mit 23,9% der Erststimmen und 22,4% der Zweitstimmen wurde das Wahlziel des Landesvorstandes von 25%+X dennoch nicht erreicht. Viele unserer Hochburgen mussten wir an die Union abtreten. Trotz eines intensiven und engagierten Erststimmenwahlkampfes zusammen mit Dagmar Enkelmann, war es nicht möglich, das sicher geglaubte und erhoffte Direktmandat in Märkisch-Oderland/Barnim II zu verteidigen.

An dieser Stelle sei allen BundestagskandidatInnen für ihren ambitionierten und engagierten Wahlkampf bis zur letzten Minute gedankt. Der Landesvorstand bedankt sich besonders bei Diana Golze für ihren Wahlkampf als Spitzenkandidatin. Sabine Stüber und Dagmar Enkelmann dankt der Landesvorstand zudem für die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren und natürlich gelten unsere Glückwünsche auch den neuen Abgeordneten Birgit Wöllert und Harald Petzold sowie unseren wieder gewählten ParlamentarierInnen Kirsten Tackmann, Diana Golze und Thomas Nord.

Seit dem 23. September 2013 befinden wir uns in der Vorbereitung der Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen. In seiner ersten Beratung nach der Wahl hat der Landesvorstand das Landeswahlkampfbüro neu berufen. Die Erfahrungen der zurückliegenden Wahlkämpfe bilden ein solides Fundament um die kommenden Auseinandersetzungen zu bestreiten. Der Landesverband ist gut gerüstet und solide aufgestellt. Mit der handlungsfähigen Arbeitsstruktur auf Landes- und Kreisebene ist für den neuen Landesvorstand das Fundament für ein erfolgreiches Wahljahr 2014 gelegt.

Wir danken dem ehrenamtlichen Landeswahlkampfleiter Matthias Loehr, den Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle sowie den drei Gremien - Landeswahlkampfbüro, Kommission Strategie und Wahlen und der Runde der KreiswahlkampfleiterInnen - für ihre hohe Einsatzbereitschaft und die gute Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand sowie den Kreisverbänden.

Der Landesvorstand bedankt sich zudem bei der Landtagsfraktion dafür, dass trotz der anfänglichen Schwierigkeiten und Verzögerungen bei der Erarbeitung des Leitbildentwurfs pünktlich zum Parteitag im Dezember 2012 nach vorangegangenen Leitbildkonferenzen im Dezember 2011 im März ein Entwurf für die öffentliche Diskussion übergeben werden konnte. Im Jahr 2013 wurden die Regionalkonferenzen intensiv zur Diskussion der einzelnen Teile des Leitbildes an Thementischen genutzt. Landesweit fanden Diskussionen u.a. mit Gewerkschaften, Kommunalvertretern über die Partei hinaus statt, die den Entwurf weiter entwickelten und dazu führten, dass im Oktober 2013 der Parteitag das Leitbild verabschiedete. Das Leitbild bietet die Grundlage für die Erarbeitung unseres Landtagswahlprogrammes, an dem derzeit gearbeitet wird. .

Landesparteitag und Umsetzung der Beschlüsse

Der Landesvorstand beschäftigte sich in mehreren Sitzungen mit der Umsetzung der Beschlüsse der drei Tagungen des 3. Landesparteitages. Bei der 2. Und der 3. Tagung wurden den Delegierten jeweils ein umfassende Berichte zum Stand der Beschlussumsetzung vorgelegt, auf die hier verwiesen wird.

http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/3_LPT/2_Tagung/Arbeitsheft_1.pdf und http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/3_LPT/3_Tagung/Antraege/c3-bericht-umsetzung-beschluesse.pdf

Die Beschlüsse der 3. Tagung des 3. Landesparteitages zur „Auswertung der Bundestagswahl und Aufgaben in Vorbereitung der Wahlen 2014“ sowie zum „Umgang mit Flüchtlingen in Brandenburg“ befinden sich derzeit noch in der Umsetzung (siehe Abschnitt Flüchtlingspolitik und Wahlen in diesem Bericht). Hier wird der neue Landesvorstand weitere Arbeiten leisten müssen.

Das Leitbild wurde veröffentlicht und findet nun Eingang in die Erarbeitung des Landtagswahlprogramms.

Der Beschluss „Kriterien für Kandidaturen und Umgang mit Personal“ wurde allen Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahlen bekannt gemacht und der geschäftsführende Landesvorstand hat die darin geforderten Gespräche geführt und Vereinbarungen abgeschlossen.

Der an den Landesvorstand überwiesene Antrag zum Europäischen Arbeitsgesetzbuch wurde der Landtagsfraktion zur Bearbeitung übergeben. Hier findet zeitnah ein Gespräch mit den AntragstellerInnen statt.

Mitgliederentwicklung

Die Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum ist insgesamt rückgängig gewesen, wobei lokal aber Unterschiede in der Zahl der Abgänge zu verzeichnen sind. Nach Kreisverbänden ergibt sich folgendes Bild.

Kreis	2013	2012	2011
KV Barnim	460	464	548
KV Brandenburg a. d. Havel	193	199	206
KV Dahme-Spreewald	492	521	605
KV Elbe-Elster	239	249	280
KV Frankfurt (Oder)	319	327	350
KV Havelland	332	338	363
KV Lausitz	837	857	897
KV Märkisch-Oderland	732	744	778
KV Oberhavel	476	488	524
KV Oberspreewald-Lausitz	237	245	257
KV Oder-Spree	533	546	562
KV Ostprignitz-Ruppin	225	223	242
KV Potsdam	828	850	901
KV Potsdam-Mittelmark	402	422	454
KV Prignitz	147	167	190
KV Teltow-Fläming	339	340	379
KV Uckermark	372	380	425
ohne KV	8		2
gesamt	7171	7360	7963

Die Gesamtmitgliederentwicklung für den Landesverband ergibt sich wie folgt:

	2013	2012
Mitglieder per 31.12. Vorjahr	7360	7963
Eintritte	153	101
Austritte	-118	-443
Verstorbene	-203	-260
Verzogen	-17	-25
Zugezogen	31	24
technische Veränderung	-35	0
Mitglieder per 31.12.	7171	7360

Der auch vergleichsweise mit den Vorjahren hohe Mitgliederrückgang im Jahr 2012, der in einer hohen Austrittszahl wurzelt, ist auf eine verabredete Aktion in den Kreisverbänden und beim Landesvorstand

zurückzuführen, satzungsgemäß den Austritt bei Mitgliedern festzustellen, die mindestens sechs Monate keinen Mitgliedsbeitrag mehr gezahlt hatte und auch nicht wieder dafür gewonnen werden konnten.

Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden

Der Landesvorstand arbeitete kontinuierlich mit den Kreisverbänden zusammen. Die Landesgeschäftsstelle fungierte dabei vor allem als Servicestelle für die Kreisverbände. Im Bereich der Kommunikation und Informations- und Materialweitergabe und den Angeboten für die kleinen Zeitungen wurde das Angebot ausgebaut und qualitativ verbessert.

Die Landesgeschäftsführerin beriet mit den KreisgeschäftsführerInnen (diese Beratungen wurden auf Wunsch der KGFs für die Zeit der Wahlkämpfe ausgesetzt bzw. durch Telefonkonferenzen ersetzt) und es fanden jährliche regionale Finanzberatungen des Landesschatzmeisters mit den Mitgliedern der geschäftsführenden Kreisvorstände, insbesondere den Kreisvorsitzenden und Kreisschatzmeistern, statt. Der Landesvorstand holte vor wichtigen Entscheidungen das Votum der Kreisverbände bei gemeinsamen Beratungen bzw. Telefonkonferenzen des geschäftsführenden Landesvorstands mit den Kreisvorsitzenden ein. Gleichzeitig fanden regelmäßig Beratungen des Landesvorsitzenden/des GLV mit den Kreisvorsitzenden statt. Im Landesfinanzrat (KreisschatzmeisterInnen, SchatzmeisterIn Jugendverband, LandesschatzmeisterIn) war regelmäßig die Finanzarbeit im Landesverband Thema. Wichtige politische und organisatorische Informationen werden zudem aktuell über entsprechende E-Mail-Verteiler (Kreisvorsitzende, KreisgeschäftsführerInnen, KreisschatzmeisterInnen) weitergegeben. Der Landesvorstand beschäftigte sich zudem anlassbezogen mit der Situation in einzelnen Kreisverbänden und versuchte bei Konflikten oder schwierigen Situationen in Kreisverbänden Hilfestellung zu geben. Gleichzeitig standen die MitarbeiterInnen der Landesgeschäftsstelle sowie die Landesgeschäftsführerin und der Landesschatzmeister regelmäßig mit VertreterInnen der Kreisverbände bei Anfragen oder aktuell auftretenden Problemen in Kontakt.

Mitglieder des Landesvorstandes übernahmen zu Beginn der Wahlperiode die Verantwortlichkeit, AnsprechpartnerIn für einen Kreisverband zu sein. Dies sollte vor allem der engeren Zusammenarbeit zwischen LV und Kreisverbänden dienen. Dieses Modell hat nur teilweise funktioniert. Der neue LV sollte gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden prüfen, wie hier Verbesserungen zu erreichen sind.

Landesweite Zusammenschlüsse

Im Landesverband arbeiten derzeit 17 landesweite Zusammenschlüsse. In den Arbeitsgemeinschaften arbeiten derzeit ca. 670 GenossInnen. Neu gegründet wurde im Berichtszeitraum die LAG Grundeinkommen. Die AG Neues Denken löste sich auf.

Folgende aktive Zusammenschlüsse arbeiten derzeit im Landesverband:

- AG SeniorInnen
- LAG Umwelt
- AG Geschichte
- Kommunistische Plattform
- Netzwerk der EL
- LAG Schule und Bildungspolitik
- AG Betrieb und Gewerkschaft
- LAG LINKE Frauen mit AG LISA
- LAG Linke Behindertenpolitik
- LAG Rote Reporter
- LAG Queer
- LAG Arbeit und soziale Gerechtigkeit
- LAG Solidarische Ökonomie

- LAG Linke Unternehmer
- LAG Arbeitsgesetzbuch
- AG Soziales und Gesundheit
- LAG Grundeinkommen

Der Landesvorstand unterstützte die Arbeitsgemeinschaften jährlich mit finanziellen Mitteln gemäß dem Haushaltsplan des Landesvorstandes. Die landesweiten Zusammenschlüsse tragen einen hohen Anteil zur politischen Arbeit im Auftrag des Landesvorstands bei. Dies wurde in zwei Beratungen mit den Sprecher/innen der LAGs verdeutlicht. Gemeinsam wurde verabredet, die Internetauftritte zu aktualisieren und Materialien für die Neumitgliedermappen zu erstellen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

Im Berichtszeitraum konstituierte sich die LAG LINKE Frauen und organisierte gemeinsam mit vormalig in der AG LISA engagierten Frauen die Arbeit neu. Mit der 2013 stattgefundenen Frauenkonferenz brachten sich die Mitglieder in den Leitbildprozess ein.

Die LAG Rote Reporter hat ihre Arbeit intensiviert. Im Jahr 2012 gelang es mit Unterstützung des Kreisverbandes MOL, die Tradition der Pressefeste – jetzt angedockt an das Strausberger Friedensfest wieder zu aktivieren. Die stellvertretende Landesvorsitzende Gerlinde Krahnert begleitet diesen Prozess intensiv.

Die LAG Senior/innen konstituierte sich neu und wird sich weiter aktiv in den Meinungsbildungsprozess der Partei einbringen.

Der Landesvorstand verabredete zu Beginn seiner Wahlperiode Verantwortlichkeiten der Mitglieder des LV für einzelne LAGs. Dieses Modell funktionierte nicht in jedem Fall und bedarf weiterer Überlegungen gemeinsam mit den LAGs.

Jugendverband Linksjugend [`solid]

Der parteinahe Jugendverband Linksjugend [`solid] hat derzeit ca. 300 Mitglieder. Der Landesvorstand unterstützte den Jugendverband mit jährlich 35.000 Euro aus dem Haushalt des Landesvorstandes. An der Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Jugendverband wurde im Berichtszeitraum kontinuierlich gearbeitet. So fanden Beratungen zwischen dem LandessprecherInnenrat und dem GLV statt. VertreterInnen des Jugendverbands sind in diverse Gremien des Landesverbands (Landeswahlkampfbüro, Kommission Strategie und Wahlen, Landesvorstand, Landesausschuss) integriert. Auch in vielen Kreisverbänden wurden die Mitglieder des Jugendverbands in die Gremienarbeit der Partei eingebunden.

Die Landtagsfraktion hat mit VertreterInnen des Jugendverbands vor allem bei der Arbeit am Hochschulgesetz eine intensive Zusammenarbeit gepflegt.

Landesausschuss

Vom Landesvorstand in den Landesausschuss entsandte Mitglieder waren Alexander Frehse und Andrea Johlige, stellvertretende Mitglieder waren Gerlinde Krahnert und Matthias Osterburg. Die Zusammenarbeit des Landesvorstandes mit dem Landesausschuss war sehr intensiv. Regelmäßig informierten Mitglieder des Landesvorstandes im Landesausschuss über die aktuelle Politik sowie die Entwicklung des Landesverbandes. Der Landesausschuss wurde bei allen Entscheidungen, bei denen er nach Landessatzung Mitspracherecht hat, beteiligt. In besonderen Situationen für die Landespartei, suchte der Landesvorstand vor eigener Beschlussfassung den Rat des Landesausschusses. Außerdem wurde er regelmäßig über den Stand der Parteireform informiert und an Entscheidungen dazu beteiligt.

Der Landesausschuss wurde zudem seitens der Landesgeschäftsstelle organisatorisch und logistisch bei der Sitzungsvorbereitung unterstützt.

Landesgeschäftsstelle

Erklärte Zielstellung des Landesvorstandes war es, die Landesgeschäftsstelle stärker als Servicestelle für die Kreisverbände, LAGs und Aktiven an der Basis auszubauen. Vor allem die im Rahmen der Parteireform entstandenen zusätzlichen Angebote wie ein verbesserter Ausleihservice für Technik und Ausgestaltungsmaterialien für Veranstaltungen und den Ausbau der eigenen Veranstaltungstechnik haben zu einer spürbaren Professionalisierung im Veranstaltungsbereich für den ganzen Landesverband geführt. Es wurden zudem Materialien für eine vereinfachte Öffentlichkeitsarbeit (Eindruckflyer und -plakate) entwickelt und den Kreisverbänden zur Verfügung gestellt. Derzeit wird an einem Artikel- und Bilderpool für die Kleinen Zeitungen in den Kreisverbänden gearbeitet, der der weiteren Verbesserung der Serviceleistungen für diese Medien dienen soll. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

Im Berichtszeitraum wurde in der Landesgeschäftsstelle eine Umstrukturierung vorgenommen, die das Ziel hatte, bei geringerem Personalbestand die bisherigen Aufgaben besser zu bewältigen und gleichzeitig neu entstandene Aufgaben zusätzlich zu erledigen. Nach dem Eintritt zweier MitarbeiterInnen in die Freizeitphase der Altersteilzeit wurden die zu Arbeitsaufgaben der MitarbeiterInnen neu verteilt und es wurde eine neue Stelle „Mitarbeiter für Medien und technische Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit“ geschaffen und besetzt.

Im Berichtszeitraum wurde zudem eine befristete Stelle „Mitarbeiter für Strategie und Wahlen“ geschaffen und besetzt, die in der Folge, nach Ausscheiden des Mitarbeiters wegen der Übernahme eines Landtagsmandats als Stelle eines „Mitarbeiters für Wahlen“ wieder besetzt wurde.

Brandenburger Aktivitäten in der Bundespartei

Der Landesvorstand beschäftigte sich regelmäßig mit der Situation in der Bundespartei. Er versuchte wie in den Vorjahren bei allen Konflikten stets ausgleichend und konstruktiv zu wirken, beteiligte sich nicht an öffentlich geführten Personaldebatten und war bestrebt, gemeinsam mit anderen Landesverbänden die strategische Debatte zur Zukunft der LINKEN fortzusetzen. Der GLV bemühte sich abgestimmt auf dem Bundesparteitag in Göttingen um eine Konsolidierung der Partei nach innen. Renate Harcke, Katharina Dahme und Thomas Nord arbeiteten aktiv im Parteivorstand der LINKEN seit dem Göttinger Bundesparteitag. Eine enge Zusammenarbeit wurde durch die gleichzeitige Mitgliedschaft von Katharina Dahme im Landesvorstand und die regelmäßige Teilnahme von Renate Harcke und Thomas Nord an Landesvorstandssitzungen gesichert. Mitglieder des Landesverbandes arbeiteten zudem in verschiedenen Gremien, Kommissionen und Arbeitsgruppen der LINKEN auf Bundesebene: Matthias Loehr und Andrea Johlige im Bundeswahlbüro, Matthias Osterburg im Bundesfinanzrat und Andrea Johlige in der Beratung der LandesgeschäftsführerInnen, Maria Strauß, Anne Stolpe, Rosemarie Kaersten, Artur Paech, Sebastian Walter und Stefan Ludwig im Bundesausschuss, Matthias Osterburg in der Arbeitgebertarifkommission.

Internationale Arbeit

Ein Bestandteil der Arbeit in der vergangenen Wahlperiode des Landesvorstandes war die internationale Arbeit, die im Wesentlichen durch die Aktivitäten der Landesarbeitsgemeinschaft „Netzwerk der Europäischen Linken“ mit Unterstützung des Landesvorstandes getragen wurde. Besonderer Dank gilt den Genoss/innen Hans-Peter Schömmel, Lothar Hoffmann, Ines Nowack und Daniela Trochowski, die sich besonders engagierten.

Anlässlich des Frauentages 2013 unterstützte der LV die Aktivitäten des Netzwerkes EL und der LAG LINKE Frauen, zum Erfahrungsaustausch mit tschechischen Genoss/innen.

Im Rahmen einer Aktivenkonferenz fand im Dezember 2012 eine europapolitische Konferenz am Vortag des Parteitages statt. Hier konnten wir Gäste der GUE/NGL sowie Partnerinnen aus Polen und Tschechien begrüßen und europapolitischen Themen Gehör verschaffen.

Im Berichtszeitraum beteiligten sich MitstreiterInnen des SFEL-R an den jährlichen Europa-Camps. Gleichzeitig ergaben sich Kontakte zu spanischen GenossInnen in Andalusien. Der LV unterstützte eine Delegationsreise nach Andalusien und bereitet gemeinsam mit dem SFEL-R, der Landtagsfraktion

und der Landesgruppe der Bundestagsfraktion einen Besuch der andalusischen GenossInnen im Mai 2014 in Brandenburg vor

Politische Bildung

Die Kommission Politische Bildung beim Landesvorstand hat sich in ihrer Arbeit vor allem auf die Erarbeitung von Bildungsangeboten für die Kreisverbände konzentriert.

Zur weiteren Professionalisierung der ehrenamtlichen Arbeit im Landesverband organisierte die Landesgeschäftsstelle in den Jahren 2012/13 den Lehrgang „Politikmanagement auf Landesebene“ und 2013/14 wiederum den Lehrgang „Politikmanagement im Ehrenamt“. Im Rahmen der Parteireform organisierte die Projektgruppe „Linksaktiv“ zudem den Lehrgang „Politik vor Ort“. Besonderer Dank dafür gilt Sven Kindervater.

Angebote zur Politischen Bildung unserer PartnerInnen – RLS und kf – wurden regelmäßig über die Kommunikationswege des Landesverbands beworben.

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit des LV war die Intensivierung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der wöchentliche Newsletter, der derzeit Mehr als 500 AbonementInnen und erreicht durch Weiterleitung und Verlinkungen eine noch größere Leserschaft hat, wurde intensiv genutzt, um die Aktivitäten und Informationen des LV, der LTF, der Kreisverbände, der BTF, des kf und der RLS zu veröffentlichen und Termine langfristig bekanntzugeben. In einem andauernden Prozess gelingt es zunehmend besser, auch Informationen aus den Kreisverbänden und aus der Arbeit der Zusammenschlüsse im Newsletter zu veröffentlichen. Die Resonanz auf den Newsletter ist positiv und mit seiner großen Reichweite ist er derzeit unser wichtigstes Informationsmedium. Für die ständige Arbeit am Newsletter gilt besonderer Dank Torsten Haselbauer, Steffen Pachali, Gerlinde Krahnert und Andrea Johlige.

Um den Kreisverbänden regelmäßig aktuelle Materialien für Infostände oder andere Arten der Öffentlichkeitsarbeit zu erleichtern, wurden Eindruckplakate und Flyer mit dem Motto „Wir verändern“ entwickelt und den Kreisverbänden und LAGs zur Verfügung gestellt. Zum einen konnten die Genossen vor Ort durch die LGSt. zur Verfügung gestellte Texte selbst eindringen oder eigene Texte verwenden. Es ist nicht gelungen, regelmäßig Eindrücke zu aktuellen Themen zur Verfügung zu stellen. Dies bleibt ständige Aufgabe.

Die Internetseite des LV ist überarbeitet worden und wird aktuell gepflegt. Reserven gibt es bei den Seiten der Zusammenschlüsse.

Positive Resonanz und eine rege Nutzung erfährt unsere Facebook-Seite „Die LINKE Brandenburg“. Hier werden regelmäßig Informationen zur Verfügung gestellt, finden Debatten statt, werden Fragen gestellt und beantwortet. Die Seite wird ständig betreut durch Steffen Pachali, Sascha Krämer, Matthias Osterburg und Andrea Johlige. Hier sind weitere Potenziale in der Reichweite und bei der Zielgruppengenauigkeit, die es zu erschließen gilt.

Als Pressesprecherin des Landesvorstands fungierte die Landesgeschäftsführerin, die dabei regelmäßig durch Gerlinde Krahnert unterstützt wurde. Zu wichtigen Themen meldete sich der LV mit Presseerklärungen und Pressekonferenzen. Hier sehen wir jedoch Reserven, an deren Nutzung gearbeitet wird.

Die Entscheidung, eine eigene Mitgliederzeitung in Brandenburg, – die „MARKs“ – als Einleger in das bundesweite Mitgliedermagazin zu produzieren, hat sich als richtig erwiesen. Nach der Einstellung des Mitgliedermagazins auf Bundesebene sind für 2014 zwei bis drei Ausgaben der „MARKs“ in Eigenregie geplant.

Obwohl der Landesvorstand allmonatlich getagt hat, war es notwendig, bei kurzfristigen Entscheidungssituationen zusätzlich Telefonkonferenzen durchzuführen. Dieses Mittel wurde auch

teilweise für den Landesausschuss und mit den Kreisvorsitzenden als gute Methode zur kurzfristigen Information und Abstimmung genutzt. Auch einzelne Kreisvorstände und LAGs haben den Telefonkonferenzraum für ihre Arbeit genutzt.

Ein wertvolles Mittel für die Sicherung des Informationsflusses wird künftig das Intranet sein. Es ist im Ergebnis der Parteireform gelungen, dieses Instrument auf den Weg zu bringen. Jedes Mitglied hat Zugang dazu.

Gleichstellung

Trotz zahlreicher Bemühungen ist es bisher nicht gelungen, ein gleichstellungspolitisches Programm für den Landesverband zu erarbeiten. Die LAG LINKE Frauen hat beschlossen, sich des Themas weiter anzunehmen.

Gabriele Brandt und Ute Miething wurden vom Landesvorstand auf Vorschlag der LAG LINKE Frauen als Brandenburger Vertreterinnen in den Bundesrat LINKE Frauen entsandt.

Parteireform

Im Berichtszeitraum wurde vor allem durch die Kommission Parteireform, die der Landesvorstand bei seiner Klausurtagung direkt nach seiner Wahl berief, intensiv an der Umsetzung des Beschlusses der 2. Tagung des 2. Landesparteitages zur Parteireform gearbeitet. Die Landesgeschäftsführerin und der Landesschatzmeister koordinierten gemeinsam mit den weiteren Mitgliedern der Kommission Parteireform Maria Strauß, Irene Köppe, Daniel Förster und Sven Kindervater, die Umsetzung. Den Mitgliedern der Kommission gilt ein herzlicher Dank für das Engagement.

Der Landesvorstand berichtete dem Landesausschuss regelmäßig über den Stand der Parteireform. Der Abschlussbericht zur Parteireform wurde der 3. Tagung des 3. Landesparteitages im Oktober 2013 vorgelegt, für weitere Informationen wird auf diesen Bericht verwiesen. http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/3_LPT/3_Tagung/Antraege/c2-bericht-partiereform.pdf

Nichtsdestotrotz werden vor allem durch die Landesgeschäftsstelle noch Restarbeiten zu einzelnen Projekten der Parteireform erledigt.

Finanzarbeit

In Berichtszeitraum fallen der größte Teil des Jahres 2012 sowie das Jahr 2013. Diese waren in der Finanzarbeit besonders von der Vorbereitung und Durchführung des Bundestagswahlkampfes 2013 gekennzeichnet. Im Jahr 2012 trat die verstärkte Befassung mit Mitgliedern, die den Mitgliedsbeitrag nicht zahlten hinzu. In einigen Fällen konnte die Wiederaufnahme der Beitragszahlung erreicht werden. Wo nicht, wurde der Austritt aus der Partei festgestellt, so dass die Quote nichtzahlender Mitglieder auf unter 3% gesenkt werden konnte.

Die Finanzarbeit wurde auch im technischen Bereich im Berichtszeitraum weiter qualifiziert. Mit der verbesserten Ausstattung der Kreisgeschäftsstellen mit Rechentechnik im Rahmen der Parteireform wurden nun in allen Kreisverbänden die technischen Voraussetzungen geschaffen, um zielgerichtet die im Jahr 2010 aufgenommene Arbeit mit dem serverbasierten Mitgliederprogramm MGLweb weiter zu qualifizieren. Zunehmend erfassen KreisschatzmeisterInnen und Mitgliederprogrammverantwortliche ihre Einnahmen und Ausgaben im MGLweb selbst und tragen damit zu einer effektiveren Buchhaltungsarbeit bei. Aus der Landesgeschäftsstelle wird dazu Hilfe und Anleitung gegeben. Für die Kreisverbände verbessern sich dadurch insbesondere Auswertungsmöglichkeiten ihrer eigenen Finanzarbeit.

Im Berichtszeitraum wurde der von der 1. Tagung des 3. Landesparteitags am 18./19.02.2012 gefasste Beschluss umgesetzt, die Kontoverbindung des Landesverbands von der Deutschen Bank weg zu wechseln. Bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse wurde im Herbst 2012 ein Geschäftskonto eröffnet. Sukzessive haben wir auch die Geldanlagen dorthin transferiert. Wegen der Anlagefristen wurden die letzten Konten bei der Deutschen Bank im Herbst 2013 geschlossen. Der Kontowechsel ist vollständig abgeschlossen.

Im Jahr 2013 wurde der europaweit vorgeschriebene Wechsel des Bankverfahrens auf das SEPA-Verfahren, was insbesondere deutliche Änderungen im Lastschriftinzugsverfahren bedingte vorbereitet. Dazu bedurfte es technischer Überarbeitungen des MGLweb, die die Bundesgeschäftsstelle durchführte. Am Test der Änderungen war die Landesgeschäftsstelle ausführlich beteiligt. Zudem wurde die Banksoftware im Kontakt mit dem dortigen Support erneuert. Die zeitige Anfrage dort zeigte generelle Schwachstellen der Banksoftware auf, die durch den Support beseitigt wurden. Die Mitglieder des Landesverbands wurden über die Mitgliederzeitschrift „marks“ im August 2013 rechtzeitig über die bevorstehende Änderung unterrichtet. Der Bankeinzug der Mitgliedsbeiträge, Spenden und Mandatsträgerbeiträge im Januar 2014 erfolgte erstmals und erfolgreich über das neue SEPA-Verfahren.

Die Entwicklung der Parteifinanzien hängt weiter hauptsächlich von den Beitragseinnahmen ab. Der Beitragsdurchschnitt je Mitglied konnte weiter gesteigert werden. Nachdem im Jahr 2011 15,87 € je Mitglied und Monat erreicht wurden, waren es 2012 bereits 16,64 € je Mitglied und Monat. Die Auswertung für 2013 läuft noch.

Auch bei den Bestandsmitgliedern wird regelmäßig, vor allem mit der Übergabe der Zuwendungsbescheinigungen für das Vorjahr, gebeten die Beitragshöhe zu überprüfen. Die Vordrucke für die Einzugsermächtigungen im Lastschriftverfahren wurden so gestaltet, dass auf ihnen die Beitragstabelle abgedruckt ist.

Die Beitrags-, Spenden und Mandatsträgerbeiträge (MTB) entwickelten sich im Berichtszeitraum wie folgt:

2011: Beiträge:	1.516.751,79 €	Spenden+MTB:	387.891,06 €		
2012: Beiträge:	1.469.711,83 €	Spenden:	172.199,17 €	MTB:	206.362,06 €
2013: Beiträge:	1.410.000,00 €	Spenden:	180.424,48 €	MTB:	207.459,93 €

(2013 Hochrechnung)

Die Vermögenslage im Landesverband hat sich wie folgt entwickelt:

per 31.12.2011:	LV	684.373,72 €	KV	1.231.799,90 €	gesamt	1.916.173,62 €
per 31.12.2012:	LV	739.993,92 €	KV	1.324.329,46 €	gesamt	2.064.323,38 €
per 30.10.2013:	LV	864.211,10 €	KV	1.183.125,40 €	gesamt	2.047.336,50 €

Die Rücklagen sind planmäßig für Wahlkämpfe, den Strukturfonds der Kreisverbände, die Parteireform und die Instandhaltung des Hauses Alleestr. 3 aufgebaut worden. In den Kreisverbänden sind sie im Bundestagswahlkampf eingesetzt worden. Die Erhöhung beim Landesvorstand resultiert aus einem hohen Abruf von 258.000 € aus dem Zentralen Wahlkampffonds beim Parteivorstand, der nicht verbraucht worden ist und in einer Höhe von knapp 100.000 € als Reserve für die Wahlkämpfe 2014 zur Verfügung steht.

Die Mandatsträgerbeiträge (MTB) auf Landes- und kommunaler Ebene sind eine stetige Arbeitsaufgabe auf allen Ebenen der Finanzarbeit. Sie haben besonders auf kommunaler Ebene in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen und werden auch künftig ein uns ständig begleitendes Thema sein.

Die mit der Veränderung der Abgeordnetenvergütung im Brandenburger Landtag einhergehende Notwendigkeit, die Berechnung der Mandatsträgerbeiträge anzupassen, ist vorbereitet. Die BewerberInnen zur Landtagswahl sind darauf hingewiesen worden, dass im Falle ihrer Wahl erwartet wird, dass sie Mandatsträgerbeiträge zahlen. Die allermeisten haben sich dazu schriftlich bereit erklärt.

Der Landesvorstand und insbesondere der Landesschatzmeister nahmen auch an der Finanzarbeit auf Bundesebene teil. Unsere Bemühungen, bei allen Fähnrisen, u.a. der Verringerung der Einnahmen der Partei aus den zentralen staatlichen Mitteln aufgrund des Bundestagswahlergebnisses, den Zentralen Wahlkampffonds der Partei stabil zu halten, waren erfolgreich. Die Finanzierung des Bundestagswahlkampfes 2013 war gesichert und die Europa-, Kommunal- und Landtagswahlkämpfe 2014 ist auf sehr gutem Weg.

Unser Ziel für ein gutes Landtagswahlergebnis, auch in den absoluten Stimmzahlen, ist Voraussetzung, dass wir unsere strategische Fähigkeit, alle Wahlkämpfe der Partei auch in Zukunft

von Landesebene aus finanziell zu begleiten bzw. sie in eigener Hoheit zu bestreiten, erhalten. Derzeit erhalten wir auf das Landtagswahlergebnis 2009 (DIE LINKE 27,2% bei 67% Wahlbeteiligung) jährlich staatliche Mittel von 188.542,00 €. Davor waren es ab 2004 (DIE LINKE 28% bei 56,4% Wahlbeteiligung) 163.400,50 € jährlich. Diese Mittel haben wir jeweils planmäßig für die Wahlkämpfe zurückgelegt. Am Ende des Wahlzyklusses 2013/2014 werden diese Rücklagen aber fast aufgebraucht sein und müssen neu gebildet werden.

Zusammenarbeit mit dem kommunalpolitischen forum und der Rosa-Luxemburg_Stiftung

Die Zusammenarbeit mit dem kommunalpolitischen forum wurde erneut mit einer Rahmenvereinbarung auf eine gute Grundlage gestellt. Das kf leistete auf dem Gebiet der politischen Bildung – ebenso wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung - einen wichtigen Beitrag zur Qualifizierung der politischen Arbeit im Landesverband. Im Ergebnis einer Beratung des GLV mit den Vorsitzenden /GF des kf und der RLS entstand die Idee eines politischen Jahreskalenders, der erstmals für 2013 und aktuell für 2014 erarbeitet wurde. Dadurch konnte die Zahl der sich überschneidenden Veranstaltungsangebote minimiert werden. Zudem wurde dem kf und der RLS die Mitarbeit am wöchentlichen Newsletter angeboten. Die RLS begleitete intensiv die Arbeit der Landtags-ENQUETE-Kommission zur Vergangenheitsaufarbeitung mit eigenen Veranstaltungsangeboten. Ebenso engagierte sich das kf. Besonderer Dank gilt dem kf für seine engagierte Arbeit zur Vorbereitung und Durchführung der GUE/NGL Veranstaltung zum Thema „Europa und die Kommunen“, die im Jahr 2014 seine Fortsetzung erfahren soll. In Zukunft muss es aber gelingen, diese Zusammenarbeit zu qualifizieren. Dazu haben der Landesvorstand und die Vertreter der Kommission Politische Bildung bereits Gespräche aufgenommen, die – vor allem mit Blick auf die kommenden Wahlen - weitergeführt werden sollten.

Danksagung

Der Landesvorstand dankt allen MitstreiterInnen für die Hilfe bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Wir wissen, dass vieles von dem nicht möglich gewesen wäre, ohne die fleißige Arbeit unserer hauptamtlichen MitarbeiterInnen, ohne das ehrenamtliche Engagement unserer GenossInnen vor Ort, ohne die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kreisvorsitzenden, den KreisgeschäftsführerInnen, den KreisschatzmeisterInnen und den Mitgliedern der Landtags- und Bundestagsfraktion, ohne fleißige PraktikantInnen der Landesgeschäftsstelle und ohne die konstruktive Zusammenarbeit mit vielen externen Partnern. Dafür vielen Dank!

Bericht des Landesausschusses

Der Bericht des Landesausschusses Brandenburg umfasst die beiden letzten Kalenderjahre 2012 und 2013. Der Landesausschuss ist nach § 20 der Satzung der Partei DIE LINKE. Landesverband Brandenburg das Organ des Landesverbands mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Landesvorstand.

Entsprechend § 21 der Satzung der Partei DIE LINKE. Landesverband Brandenburg wurden 38 Genossinnen und Genossen in den Landesausschuss delegiert.

Der Landesausschuss hat sich in seiner Sitzung am 21. Januar 2012 konstituiert. Auf dieser Sitzung hat der Landesausschuss eine Geschäftsordnung beschlossen. Des Weiteren wurden der Genosse Marco Büchel aus dem Kreisverband Märkisch Oderland zum Vorsitzenden und die Genossin Karin Heckert aus dem Kreisverband Havelland zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Insgesamt hat der Landesausschuss in der Wahlperiode 8 Sitzungen durchgeführt. Davon fanden 3 Sitzungen gemeinsam mit dem Landesvorstand statt. Zusätzlich hat eine gemeinsame Telefonkonferenz stattgefunden. Die Sitzungen fanden neben Potsdam auch in König Wusterhausen, Mahlow, Hoppegarten und in Luckenwalde statt.

In jeder Sitzung haben sich die Mitglieder zur aktuellen Lage der Landespartei sowie der Landespolitik beraten. Einen großen Stellenwert hatten die aktuellen Informationen aus den Kreisverbänden.

Zu den personellen Veränderungen in der Landtagsfraktion haben sich die Mitglieder des Landesausschusses verständigt.

Als Gäste konnte der Landesausschuss u.a. unsere Genossin Anita Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, zu aktuellen gesundheitspolitischen Themen sowie unseren Genosse Dr. Volkmar Schöneburg als Justizminister zu Themen der Justizpolitik begrüßen.

Regelmäßig hat sich der Landesausschuss zur Parteireform sowie zum Leitbild informieren lassen, dazu beraten und entsprechende Empfehlungen ausgesprochen.

Ein weiterer regelmäßiger Schwerpunkt war die begleitende Vorbereitung des Fahrplans zu den anstehenden Wahlen. Besonders intensiv wurden die Vorbereitung sowie die Auswertung der Bundestagswahl beraten. Der Landeswahlleiter, Genosse Matthias Loehr, berichtete regelmäßig in den Sitzungen des Landesausschusses.

In einer gemeinsamen Sitzung mit dem Landesvorstand haben die Mitglieder einen Vorschlag für die Besetzung der ersten sechs Listenplätze der Landesliste zur Bundestagswahl erstellt.

Die Ausschussmitglieder haben entsprechend der Landessatzung den Haushalt des Landesvorstands für die jeweiligen Jahre 2012 und 2013 ausführlich beraten und beschlossen. In der Beratung zum Haushalt 2012 wurde eine intensive Debatte zum Thema Mindestlohn bei der Vergabe der Leistung zur Reinigung der Landesgeschäftsstelle geführt. Der Landesausschuss forderte den Landesvorstand in seiner Sitzung im Juni 2012 auf, zukünftig bei der Vergabe von Reinigungsleistungen die Zahlung eines Mindestlohns von 10,- € an die mit der Reinigung beauftragten Beschäftigten sicher zu stellen. Außerdem hat der Landesausschuss den Landesfinanzrat beauftragt mit Kreisverbänden Vorschläge zur schrittweisen Realisierung von Mandatsträgerbeiträgen für kommunale Wahlbeamte zu erarbeiten. In Vorbereitung der Landesparteitage haben sich die Mitglieder ausführlich mit Satzungsänderungsanträgen befasst und entsprechende Voten abgegeben.

Marco Büchel
Vorsitzender des Landesausschusses

Bericht der Landesfinanzrevisionskommission

Liebe Genossinnen und Genossen,

In der vergangenen Wahlperiode von Januar 2012 bis Februar 2014 arbeiteten wir in der Landesfinanzrevisionskommission mit 4, nach einer Nachwahl dann mit 5 gewählten Mitgliedern.

Wir trafen uns zu insgesamt 10 Terminen in der Landesgeschäftsstelle und führten Prüfungen im Belegwesen der Landesgeschäftsstelle durch.

Hauptaugenmerk legten wir dabei insbesondere auf den Einsatz der geplanten finanziellen Mittel und auf die ordnungsgemäße Abrechnung der Finanzen.

Wir prüften stichpunktartig ob alle Ausgaben durch einen Beschluss des Landesvorstandes unterlegt waren und ob die Ausgaben sich im Rahmen des beschlossenen Finanzplanes bewegten.

An allen unseren Beratungen nahm der Landesschatzmeister teil. Er informierte zu Beginn jeder Zusammenkunft zuverlässig über aktuelle Entwicklungen im Landesverband. Nach Abschluss der jeweiligen Prüfung stand uns der Schatzmeister für Nachfragen erneut zur Verfügung.

Aufgetretene Probleme konnten so meist gleich im Anschluss an die Prüfung geklärt werden. Konnte nicht sofort eine Aussage getroffen werden, wurden die noch unbeantworteten Fragen im Protokoll benannt und in der folgenden Sitzung geklärt.

Wir führten Kontenprüfungen durch, prüften Belege für Sachaufwendungen und der parteiintern erlassenen Regelwerke durch.

Die Verwendung aller Gelder war durch entsprechende Beschlüsse legitimiert.

Des weiteren galten unsere Nachfragen den Konten, die hohe Differenzen zwischen geplanten und eingesetzten finanziellen Mitteln aufwiesen. Abweichungen vom Finanzplan konnte der Landesschatzmeister meist schlüssig erklären, es gab in den Protokollen allerdings auch immer Empfehlungen der Landesfinanzrevisionskommission, bei der Planung zukünftiger Haushalte die tatsächlich eingesetzten finanziellen Mittel als Grundlage heran zu ziehen.

Unangemeldete Kassenkontrollen ergaben immer, dass der Kassenbestand mit dem Kassenbuch übereinstimmte und alle Belege die erforderliche Anzahl der Unterschriften aufwiesen.

Wir nahmen uns auch vor, in regelmäßigen Abständen gemeinsam mit den dazugehörigen Kreisfinanzrevisionskommissionen Prüfungen in Kreisverbänden durchzuführen. Das gelang uns im Berichtszeitraum nur in einem Falle. Nach 2 Prüfungen, 1mal zum Belegwesen und zum anderen einer unangemeldeten Kassenkontrolle gaben wir Hinweise zur Kassenführung und machten nachdrücklich darauf aufmerksam, dass alle Geldbewegungen durch ordnungsgemäße Belege dokumentiert sein müssen. Ein Fehler in der Buchführung konnte ohne Folgen für den Kreisverband berichtigt werden.

Zu einer unserer Beratungen luden wir den Wirtschaftsprüfer ein, der uns Informationen zu seinen Prüfergebnissen gab und das MGL4Web vorstellte.

Es gab keine größeren Beanstandungen und der Landesverband wurde im Ranking höher eingestuft. Das ist vor allem der Verdienst unseres Landesschatzmeisters.

Im April 2012 luden wir alle Kreisfinanzrevisionskommissionen erneut zu einer gemeinsamen Beratung ein. Schon die Planung der Veranstaltung stieß in den Kreisen wieder auf große Resonanz. Eine große Anzahl der Revisionisten wurde hier erstmalig mit den Aufgaben der KFRK vertraut gemacht. Wir gaben den Genossen schon vorher die Gelegenheit, entsprechende Anfragen zu stellen; so waren wir in der Lage konkret auf Probleme eingehen zu können.

Ein entsprechendes Angebot im Frühjahr 2013 fand dann allerdings nicht das erwartete Interesse und wurde kurzfristig wegen mangelnder Beteiligung abgesagt.

Die regelmäßige Teilnahme an den Sitzung des Landesfinanzrates konnte wiederum nicht realisiert werden. Hier informierte uns der Landesschatzmeister regelmäßig über die Beratungsinhalte.

Ende November 2013 nahmen zwei Mitglieder der LFRK an der Schulung durch die Bundesfinanzrevisionskommission in Elgersburg teil. Hier gab es Informationen zur neuen Buchhaltungsrichtlinie, welche seit Januar 2014 angewendet wird und Beispiele zur Anwendung der Handreichung zur Ermittlung der Mitgliedsbeiträge. Der Bundesparteitag im Mai 2014 wird sich an einem der drei Tage mit der Satzungsänderung beschäftigen. Im Erfahrungsaustausch konnten wir die Herangehensweise anderer LFRK kennenlernen und gaben Erfahrungen und erprobte Prüfrituale unserer Arbeit weiter.

Wir wurden durch den Landesschatzmeister und die Genossinnen der Buchhaltung in jeder erdenklichen Weise in unserer Arbeit unterstützt. Alle angeforderten Belege und Unterlagen stellten sie uns zuverlässig und zeitnah zur Verfügung. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle ausdrücklich bedanken. Ohne ihre Unterstützung hätten wir unsere Arbeit nicht erfolgreich gestalten können.

Abschließend bescheinigt die LFRK dem Landesvorstand im Berichtszeitraum einen ordnungsgemäßen Umgang mit den finanziellen Mitteln unserer Partei und empfiehlt den Delegierten des Landesparteitages, dem Landesschatzmeister eine entsprechende Entlastung zu erteilen.

Potsdam, im Februar 2014

Sylvia Wagner
Vorsitzende der LFRK

Bericht der Landesschiedskommission

Der Bericht der Landesschiedskommission umfasst die vergangenen zwei Jahre. Sieben Mitglieder wurden in die Landesschiedskommission gewählt, welche die gestellten Anträge bearbeiteten. Auf der konstituierenden ersten Beratung wählten die Mitglieder Genossen Jürg Wegewitz zum Vorsitzenden und Genossin Margitta Mächtig zur stellvertretenden Vorsitzenden.

In der zurückliegenden Wahlperiode behandelte die LSK 5 Anträge und beantwortete mehrere mündliche Anfragen. Inhalt der Anträge:

- Antrag 1:

Prüfung eines Antrages zur Wahlanfechtung bezieht sich auf die Wahl eines Ortsvorstandes. Die Landesschiedskommission hat festgestellt, dass der Antrag verfristet und damit nicht zulässig ist.

- Antrag 2:

Antrag eines Genossen auf Ausschluss eines Genossen aus der Partei. Die LSK stellte fest, dass das vorgeschriebene Verfahren nach der Landessatzung § 3(3) nicht stattgefunden hat. Nach Bundessatzung § 3 (4) ist nicht zu erkennen, dass vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei verstoßen und ihr schwerer Schaden zugefügt wurde.

- Antrag 3:

Antrag eines Genossen auf Ausschluss eines Genossen aus der Partei. Die Landesschiedskommission ist der Auslegung des § 4 Absatz 2 Buchstabe d Landessatzung durch den Antragsteller nicht gefolgt und sieht über die wörtliche Anwendung des Regelungstextes des § 4 Absatz 2 Buchstabe der Landessatzung hinaus keine Auslegungsmöglichkeiten. Der Satzungstext regelt den Ausschlussgrund abschließend. Soweit der Antragsteller zur Begründung seines Antrages erklärt, der Antragsgegner habe auch gegen § 4 Absatz 2 Buchstabe a Landessatzung verstoßen, wurde dieser Verstoß auf Nachfrage der Landesschiedskommission mit der Formulierung des § 4 Absatz 2 Buchstabe d Landessatzung begründet. Weitere Satzungsverstöße wurden nicht vorgetragen.

- Antrag 4:

Prüfung über den Widerspruch gegen die Ablehnung der Eintrittserklärung eines Genossen durch einen Kreisvorstand. Dem Antrag auf Widerspruch gegen den Beschluss des Kreisvorstandes Teltow-Fläming wird stattgegeben. Die Landesschiedskommission stellt fest, dass der Einspruch gegen die Mitgliedschaft unsubstantiiert ist. Verstöße gegen die Bundessatzung sind nicht vorgetragen worden.

- Antrag 5: Derzeit ein schwebendes Verfahren

Auf alle Anfragen hat die LSK den Genossinnen und Genossen geantwortet. Auch konnte durch Beratung und Auskünfte die Einleitung eines Schiedsverfahrens vermieden werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist ein Verfahren bei der LSK anhängig. Insgesamt hat die LSK in der zurückliegenden Wahlperiode 6 Sitzung durchgeführt.

PS.:

Die Landesschiedskommission dankt Sybille Broch und Gerd Klier für Ihre langjährige Mitarbeit in der Landesschiedskommission.

Jürg Wegewitz
Vorsitzender der LSK

82 **Antrag B1**

83 **Antrag an die 1. Tagung des 4. Landesparteitages**

84 *(keine inhaltlichen Änderungen zur Version im Arbeitsheft 1, es sind lediglich weitere EinreicherInnen*
85 *hinzu gekommen)*

86

87 **Die Landespartei zukunftsfähig gestalten**

88 EinreicherInnen: Christian Görke, Andrea Johlige, Gerlinde Krahnert, Daniela Trochowski, Norbert
89 Müller, Sebastian Walter, Jan Eckhoff, Matthias Osterburg, Peer Jürgens, Sven Kindervater, Tobias
90 Bank, Fritz Viertel, Thorsten Kleis, Daniel Förster, Ringo Jünigk, Michael Elte

91

92 Der Landesverband der LINKEN Brandenburg verändert sich. In den letzten Jahren hat in vielen
93 Kreisverbänden und auf Landesebene ein Wechsel in der Aktivenschaft stattgefunden. Viele
94 langjährige MitstreiterInnen ziehen sich aus Funktionen und ehrenamtlicher Tätigkeit in der Partei
95 zurück, neue GenossInnen übernehmen auf Ortsverbands- und Kreisebene Verantwortung. Bei den
96 anstehenden Kommunalwahlen werden viele der in den letzten Jahren zu uns gestoßenen Mitglieder
97 für die Kommunalparlamente kandidieren. Auch auf Landesebene ist dieser Prozess im vollen Gange.

98 Dies vollzieht sich nicht konfliktfrei. Unterschiedliche Erfahrungen, Kommunikations- und
99 Informationsbedürfnisse, Ansprüche an innerparteiliche Demokratie, Wünsche nach Beteiligung und
100 Mitgestaltung und auch unterschiedliche Vorstellungen von kultureller Ansprache und Wirken der
101 Partei nach außen und innen sind bereits immer wieder Bestandteil innerparteilicher
102 Auseinandersetzungen. Diese wollen wir als Landespartei konstruktiv und unter Beteiligung möglichst
103 vieler Mitglieder führen, um gemeinsam zu strukturellen, organisatorischen und politischen
104 Schlussfolgerungen zu gelangen, die den Bedürfnissen der Mitglieder, egal ob schon länger dabei oder
105 neu dazu gekommen, gerecht werden. Die bisherigen Strukturen reichen für eine solche
106 ergebnisoffene und zielführende Debatte offensichtlich nicht aus. Nichtsdestotrotz empfinden wir den
107 Wandel der Partei als produktiv, er macht DIE LINKE zukunftsfähig.

108 Die Partei wird sich auch strukturell verändern müssen. Weniger Mitglieder und die schleichende
109 Ausdünnung ehrenamtlicher Strukturen in den Kreisverbänden bedeuten auch, dass die
110 Arbeitsverteilung innerhalb des Landesverbands und die Finanzbeziehungen auf den Prüfstand
111 gehören. Auch eine Debatte, wie wir die Präsenz in der Fläche – durch Stützpunkte der Partei –
112 sichern, ist notwendig.

113 Die Landespartei hat mit dem nunmehr abgeschlossenen Parteireformprozess vor allem die
114 technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine moderne Landespartei geschaffen.
115 Gleichzeitig wurden die Kommunikationsbeziehungen neu geordnet und Informationsangebote
116 entwickelt, die Landesgeschäftsstelle wurde umstrukturiert und stärker als Serviceeinrichtung für die
117 Kreisverbände und die Zusammenschlüsse ausgerichtet. Und es ist nunmehr gelungen, dass es in
118 allen Kreisverbänden kleine Zeitungen gibt und diese werden stärker als bisher durch die
119 Landesebene unterstützt und mit Informationen, Beiträgen und Weiterbildungsangeboten
120 ausgestattet. Dies muss angesichts des gemeinsam mit dem ND entwickelten Pilotprojekt „Die LINKE
121 BB regional“ weiter qualifiziert werden.

122 Gleichzeitig wurde die Schaffung von Schulungsprojekten und Weiterbildungsangeboten begonnen,
123 um jene fit zu machen für die anstehenden Aufgaben, die auf unterschiedlichsten Ebenen
124 Verantwortung in der Partei übernehmen. Mit dem Intranet gibt es ein modernes Medium, in dem
125 Diskussion und Kommunikation mit Serviceangeboten der Landesebene verknüpft werden können. Es
126 gilt, dieses Instrument nun als Gesamtpartei zu nutzen und weiterzuentwickeln. Das kann nur
127 gelingen, wenn möglichst viele in diese Prozesse eingebunden werden und selbstbestimmt
128 mitmachen.

129 Der Landesvorstand hat sich in den letzten zwei Jahren bemüht, die landesweiten
130 Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüsse stärker in den Politikentwicklungsprozess zu
131 integrieren. Das ist nur zu einem Teil gelungen. Gleichzeitig sind die Zusammenschlüsse eine große
132 Chance, die fachpolitische Arbeit landesweit zu vernetzen. Hier wird es weiterer Anstrengungen
133 bedürfen. Insbesondere für die Internetgestaltung und die Werbung um Mitglieder in den
134 LAGs/IGs/AG/s.

135 Es haben sich aber auch Kommunikationsdefizite offenbart. Es ist trotz größerer kommunikativer
136 Herausforderungen an eine Partei in Regierungsverantwortung nicht gelungen, ausreichend Wege zu
137 finden, um die verschiedenen Ebenen und die Akteure der Landespartei regelmäßig in aktuelle
138 Debatten einzubeziehen und in Prozesse einzubinden. Das ist nicht nur eine Verantwortung für den
139 Landesvorstand sondern muss Aufgabe der Landtagsfraktion und der Gremien auf Landes- und
140 Kreisebene sein. Um politische Debatten in der Landespartei führen zu können, darf sich kein
141 Kreisverband von Informationen „abgehängt“ fühlen, müssen aber auch gleichzeitig die
142 Kreisvorstände die Verantwortung wahrnehmen, die erhaltenen Informationen weiter zu leiten.

143 Ziel ist, dass Verantwortung und Aufgaben auf mehr Schultern verteilt werden. Diese Debatten dürfen
144 wir nicht nur anlassbezogen führen, sondern müssen einen Prozess beginnen, in dem Wege gefunden
145 werden, allen Teilen der Partei mehr Einfluss auf die Politikentwicklung zu sichern. Auch die Wege zur
146 Entscheidungsfindung müssen überdacht werden.

147 In den Jahren 2015 und 2016 stehen voraussichtlich keine Wahlkämpfe auf Bundes- und Landesebene
148 an. Diese beiden Jahre wollen wir intensiv nutzen, die personelle, organisatorische und strukturelle
149 Neuaufstellung der Landespartei weiter voranzutreiben und die daraus notwendig werdenden
150 Entscheidungen vorzubereiten.

151

152 **Im Mittelpunkt der Debatte werden stehen:**

- 153 - Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationsstrukturen der Landespartei,
154 Weiterentwicklung von Kleinen Zeitungen, Mitgliedermagazin, Intranet und weiteren
155 Informations- und Kommunikationsmedien
- 156 - Beteiligungskultur und Formen der Beteiligung am Politikentwicklungsprozess und
157 innerparteiliche Demokratie auf Orts-, Kreis- und Landesebene
- 158 - Einsatz des Instruments des Mitgliederentscheids
- 159 - Gestaltung der politischen und Nachwuchsbildung
- 160 - Transparenz von Gremienarbeit und Entscheidungen und Arbeitsformen zur Vorbereitung
161 und Erarbeitung von strategischen und inhaltlichen Papieren
- 162 - Verhältnis Ehrenamtlichkeit/Hauptamtlichkeit, Mandatsträger/nicht Mandatsträger,
163 Arbeitsteilung
- 164 - Aufgaben und Befugnisse von Gremien wie Landesvorstand, Landesausschuss, Rolle von
165 Kreisvorsitzendenberatungen, Rollenspiel Fraktionen/Vorstände, Arbeitsformen der
166 Vorstände, Einbeziehung der Basis in Vorstandsarbeit, Rolle der Landtagsfraktion, der
167 Regierungsmitglieder
- 168 - Vernetzung fachpolitischer Akteure, Weiterentwicklung der Zusammenschlüsse,
169 Zusammenarbeit mit kf und RLS
- 170 - Arbeitsaufteilung im Landesverband (Mitgliederverwaltung, Finanzarbeit und weitere
171 Fragen zur Sicherung der formalen Handlungsfähigkeit), Sicherung der Arbeitsfähigkeit

172 der Kreisverbände, Strukturfragen (Ortsverbände, Zusammenarbeit von Kreisverbänden,
173 Geschäftsstellenstruktur)

174 - Sicherung flächendeckender Präsenz der Partei

175 - Finanzbeziehungen im Landesverband.

176

177 **Dieser Prozess sollte wie folgt gestaltet werden:**

178 1. Organisation der Debatte durch den Landesvorstand unter Einbeziehung des Landesausschusses,
179 der Kreisverbände und der landesweiten Zusammenschlüsse

180 2. Der Debattenprozess soll zu jeder Zeit für alle Mitglieder offen sein. Es sollen sowohl etablierte
181 Instrumente wie Aktiven- und Regionalkonferenzen aber auch neue Formen wie ein
182 Diskussionsforum im Intranet, Erarbeitung von Diskussionspapieren über geeignete
183 Onlineinstrumente usw. genutzt werden.

184 3. Bis zum Landesparteitag im Frühjahr 2016 sollen notwendige Schlussfolgerungen für die Struktur
185 und Verfasstheit der Partei zur Entscheidungsreife gebracht werden.

186 4. Für den Debattenprozess sind im Jahr 2014 5000 Euro und im Jahr 2015 15000 Euro im
187 Finanzplan des Landesvorstandes vorzusehen.

188

189 **Antrag A2**

190 **Initiativantrag an die 1. Tagung des 4. Landesparteitages**

191

192 EinreicherInnen: Isabelle Vandre, Roland Gehrmann, Daniel Sittler, Norbert Müller, Tina Lange,
193 Juliane Pfeiffer

194 UnterstützerInnen: Juliane Tietz, Konstantin Gräfe, Sebastian Walter, Anne-Frieda Reinke, Moritz

195 Kirchner, Sascha Krämer, Gesine Dannenberg, Jan Eckhoff, Ronny Besançon

196

197 **Überwachung der linksalternativen Szene Potsdams durch den**
198 **Verfassungsschutz beenden!**

199

200 Durch Medienberichte wurde kürzlich überregional bekannt, dass zahlreiche Mitglieder der Potsdamer
201 linksalternativen Szene seit Jahren engmaschig durch V-Leute oder hauptamtliche Mitarbeiter des
202 Brandenburger Verfassungsschutzes überwacht werden.

203

204 Die Betroffenen hatten nach Auskunftsanträgen bei der Verfassungsschutzbehörde erfahren, dass der
205 Geheimdienst konkret speichert, an welchen Kultur- und Diskussionsveranstaltungen sowie
206 Demonstrationen sie teilgenommen haben sollen. Zu den benannten Veranstaltungen zählen unter
207 anderem die Weihnachtsfeier 2011 im "Black Fleck", eine Spendengala im Mai 2011 im "freiLand
208 Potsdam", eine Veranstaltung des Antikapitalistischen Bündnisses im Studentischen Kulturzentrum
209 ("Kuze") und eine Demonstration von Greenpeace gegen Atomenergie.

210

211 Diese Überwachung ist skandalös. Sie muss sofort beendet werden. Wir können nicht akzeptieren,
212 dass der Brandenburger Verfassungsschutz als Instrument gegen linksalternative und kulturell
213 engagierte Jugendliche und junge Erwachsene eingesetzt wird. Es ist nicht auszuschließen, dass diese
214 in Zukunft mit Berufsverboten und anderen Einschränkungen rechnen müssen. Derartige Beispiele gab
215 es hierzulande immer wieder.

216 Das zudem anerkannte und öffentlich geförderte soziokulturelle Zentren wie das freiLand und das
217 studentische Kulturzentrum überwacht werden, ist nicht hinnehmbar.

218

219 Die Überwachungspraxis des Brandenburger Verfassungsschutzes steht in der Tradition deutscher
220 Geheimdienstpolitik, nach der jegliches politisches Engagement links der Sozialdemokratie von Staats
221 wegen verdächtig ist. Es gibt keine Indizien, die eine Überwachung der linksalternativen Szene in
222 Potsdam und in Brandenburg rechtfertigen. Sollte diese fortgesetzt werden, wird DIE LINKE
223 Brandenburg Betroffene darin unterstützen, Rechtsmittel gegen das Land Brandenburg einzulegen.

224

225 Wir erinnern daran, dass der Brandenburger Verfassungsschutz und das Innenministerium als
226 Aufsichtsbehörde bereits im Fall des linksalternativen Jugendwohnprojekts "Mittendrin" in Neuruppin
227 sowie des Mehrgenerationenhauses in Potsdam-Babelsberg mit juristischen Mitteln dazu gezwungen
228 wurden ihre öffentliche Diffamierung gegen die Einrichtungen zu unterlassen.

229

230 DIE LINKE Brandenburg fordert als Sofortmaßnahmen:

231 • die anlasslose und rechtswidrige Überwachung der linksalternativen Szene Potsdams muss
232 beendet werden

233 • im Falle des Einsatzes von V-Leuten sind diese in Absprache mit der Parlamentarischen
234 Kontrollkommission sofort abzuschalten

235 • alle Betroffenen sind über die zu ihrer Person gespeicherten Daten vollständig zu informieren

236 • alle Akten und Daten aus dieser Überwachungsmaßnahme sind danach zu löschen

237 • der Verfassungsschutz wird aufgefordert, umfassend und öffentlich zu den Gründen der
238 Überwachung Rechenschaft abzulegen

239

240 Im Rahmen der Debatte um das Wahlprogramm zu den Landtagswahlen wollen wir Maßnahmen
241 diskutieren, um Kompetenzen des Verfassungsschutzes deutlich einzuschränken, seine Arbeit
242 transparent zu gestalten und ihn umfassend zu demokratisieren.